

Mosener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Anno:cen:

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Danne & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Annoncen:

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)

bei C. H. Altkirch & Co.

Breitestraße 14,

in Gnesen bei Th. Spindler,

in Grätz bei F. Streifand,

in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 307.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 4. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Nach der Entscheidung. II.

In unserm ersten Artikel haben wir mit der Behauptung, daß ein starkes deutsches Reich ebensoviel einer kräftigen Regierung als eines geachteten Parlamentes bedürfe, gewiß nicht das Unrichtige getroffen, und dürften also auch den Schluß wagen, daß die Reichsregierung selbst darauf vorzugsweise zu achten habe, daß ihr eine selbstbewußte, Vertrauen mit Vertrauen erwiehende Majorität zur Seite stehe. Eine solche Majorität war früher vorhanden; ihren Kern bildete die große nationalliberale Partei, an deren rechten Seite die preussischen Tories, die sich selbst Freikonservative nannten, und an deren linken Seite eine mehr fortgeschrittene liberale Fraktion, die Fortschrittspartei, Wache hielten, auf daß das Staatsschiff den rechten Kurs der fortschreitenden Entwicklung einhalten könne. Es wird einem künftigen Geschichtsschreiber nicht schwer fallen, die Ursachen anzugeben, aus denen sich diese Majorität zersplittert hat, doch auch wir, die wir mitten im Kampfe stehen, müssen eingestehen, daß dieselben nicht an einem Punkte, nicht von einer Partei, auch nicht von einer oder von einzelnen Personen ausgegangen sind. Altes und Neues in untern wie in oberen Regionen ist auseinandergeklüftet und hat eine Zerreißung und eine Zerbröckelung der Parteien hervorgerufen, die schon früher im Keime vorhanden, aber durch den allbezwingenden Enthusiasmus über die weltgeschichtliche Erhebung des gesammten Deutschlands verdeckt worden war. Im gegenwärtigen Wirrwarr kann unserer Ansicht nach nur Eines zurechtgeführt werden: die Majorität der Jahre 1871 bis 1876 muß wieder hergestellt werden und zwar einerseits durch ernsthaftes Bemühen der Staatsregierung, andererseits durch eine verständige Konsolidierung derjenigen parlamentarischen Kräfte, welche durch Talent und Charakter das Vertrauen des Volkes verdient und gewonnen haben.

Denn die Staatsregierung macht nicht nur die Erfahrung, daß die gegenwärtigen Augenblicksmajoritäten veränderlich und wetterwendisch sind und deshalb ebenso oft staatsmännische Ideen durchkreuzen und behindern, als launenhafte Anforderungen stellen, denen unmöglich Rechnung getragen werden kann, sondern sie kann sich auch nicht der Einsicht verschließen, daß die durch solche Majoritäten hervorgebrachten Ergebnisse sich wenig Ansehen im Lande verschaffen werden, daß sie vielmehr nur dazu dienen können, die Verantwortlichkeit der Regierung in formeller, nicht aber in materieller Weise zu decken. Zur Rechtfertigung dieser Anschauung wird es genügen, an die Opposition zu erinnern, welche die Konservativen dem konservativen Minister des Innern in Sachen der Verwaltungsreform gemacht haben, zu erinnern an die Seidewitz-Adernann'schen Revisionen der Gewerbeordnung, die doch Sympathien mit Zuständen verriethen, welche Preußens Regierung längst als unhaltbar anerkannt hat, und die, falls sie Annahme finden, in den nächsten Jahren rückwärtwärts werden müssen, zu erinnern an die Leichterzichtigkeit, mit der neue Steuerentwürfe vorliegen geprüft werden, zu erinnern endlich an die vielverbreitete Meinung, daß die konservativen Fraktionen der Regierung vor allem deshalb zu Willen seien, weil sie Gegendienste für ihre speziellen Interessen erwarten.

Was aber die Regierung veranlassen konnte, der Hilfe des Zentrums sich zu versichern, ist uns durchaus unerfindlich. Einmal besteht das Zentrum aus sehr verschiedenartigen Elementen, die sich aber unter einer Fahne mit religiösem Zeichen zusammengefunden haben und auseinanderfallen werden, sobald das Zeichen für eine oppositionelle Richtung seine Bedeutung verloren haben wird. Für uns ist dieser sichtbare Grund, sich nicht um das Zentrum bemühen zu sollen, der wenig bedeutendere, wir möchten lieber offen und ehrlich es aussprechen, daß Männer, welche das Geißel der Seelen um weltlicher Interessen willen Jahre lang Preis gegeben haben, in unseren Augen nicht einer solchen Bemühung werth sind. Für uns steht es unumwunden fest, daß der Kulturkampf mit der Niederlage der Ultramontanen endigen, daß Rom nach Berlin sich wenden müßte, um aus der Klemme, in welche es das frevelhafte „Non possumus“ gebracht, herauszukommen, ebenso fest wie die Gegenseite der Münze, daß ein solches Ende des Kulturkampfes nur deshalb in seinem gegenseitigen Ergebnisse nicht erscheinen soll, weil der oben verurtheilte Ultrakonservatismus in seinen orthodoxen, theokratischen Neigungen sich verletzt fühlt. Leider scheint es bestimmt zu sein, daß der jetzt fast zum siegreichen Ende geführte Streit gegen die Papstkirche und ihre politischen Freunde aus allen Lagern nur verlagert wird, damit dasselbe Glend, welches das gläubige katholische Volk jetzt durch 10 Jahre hindurch zu tragen verurtheilt worden, in kommenden Tagen noch einmal durchgekostet werden muß, bis endlich eine höhere Macht dem allzuirdischen Bestreben, ideale Güter als politische Kampfmittel einzusetzen, ein Ende bereitet.

Einmal wird kommen der Tag, wo die heilige Allos hinsinkt, Priamos selbst und das Volk des lanzenkundigen Königs. Wundern soll man sich eigentlich über Nichts, namentlich nicht über die alte Geschichte, daß stets und überall die nationalliberalen Parteien dem Volke als gottlos und irreligiös von den

Gegnern dargestellt werden — man denke nur an den alten Caesar, der uns darüber in dem ersten Briefe über den gallischen Krieg eine hübsche Geschichte erzählt — aber sonderbar muß es doch aller Welt erscheinen, daß klerikale Meinungen so wenig von dem Volkswise und Volkshumor, der stets über sie ergossen wurde, betroffen und belehrt worden sind. Am sonderbarsten will uns die klerikale Behauptung bedünken, daß die Priesterherrschaft allein im Stande sein sollte, das Uebel der Sozialdemokratie zu bannen im Gegensatz zu der Thatfache, daß sich große Massen der gedrückten Volkskreise gerade deshalb von den Priestern abwenden, weil sie es müde geworden sind, mit Hoffnungen geträumt zu werden, an die ein großer Theil derjenigen, welche sie verkünden, selbst nicht recht zu glauben oder die ein anderer großer Theil in weltlichem Leichtsinne oder gar aus weltlichen Machtgelenken wenig werthschätzen zu dürfen sich den Anschein giebt.

Es ließe sich über diese Materie noch manch kräftiges Wortlein sagen, doch wir wollen uns bescheiden und dahin resolvieren, daß wir von einer einsichtigen Regierung unmöglich erwarten können, sie werde in einer altkonservativ-klerikalen Majorität eine ausreichende Stütze für den Ausbau des deutschen Staates und zugleich einen mächtigen Schutz gegen die Gefahren der Sozialdemokratie über eine kurz bemessene Zeit hinaus erblicken. Die Abkürzung dieser Frist ist offenbar in die Hände der national-liberalen Partei gelegt, an die die Forderung gestellt werden muß, die alte Majorität, deren wir eingangs gedacht haben, von Neuem und dann auch fest und dauerhaft zu rekonstruieren. Das Wie und Warum muß noch einem Schlußartikel vorbehalten bleiben.

Deutschland.

+ Berlin, 2. Mai. Die Behauptung, welche die „Post“ Herrn v. Moser entlehnt hat, nämlich daß durch Einführung des Tabaksmonopols ohne Mehrbelastung des Steuerzahlers der Reichskasse eine Reineinnahme von 90 Millionen Mark oder abzüglich der jetzigen Einnahme 77 Millionen Mark zugeführt werden könnten, ist neulich dahin richtiggestellt worden, daß die Regieverwaltung des Herrn v. Moser, wenn sie die Tabakfabrikate zu denselben Detailpreisen und in gleichem Gewichte wie bisher der freie Betrieb liefern wollte, einen Reingewinn nicht von 90 Mill. Mark, sondern nur von 11,800,000 Mark erzielen würde, also noch weniger als die bis 1879 gültigen Zoll- und Steuerlätze in die Reichskasse lieferten (13 Mill. Mark). In Wirklichkeit setzt das Moser'sche Projekt einen Steuerzuschlag von 78,200,000 Mark voraus. Besonders lehrreich aber zur Beurtheilung des Monopols ist die Art und Weise, wie dieser Steuerzuschlag erhoben werden soll. Nach den Ermittelungen der Tabaksenquete-Kommission (Band I Anlage V Berechnung des Tabaksverbrauchs im deutschen Zollgebiet für 1877) bezahlte der Konsument für 706,950 Ztr. Zigarren 232,575,941 Mark, also 329 Mark per Ztr. Die Moser'sche Monopolverwaltung dagegen liefert, nach der „Berechnung des muthmaßlichen Ertrages des Tabaksmonopols im deutschen Zollgebiet“, welche Herr v. Moser seinem Referat in der Tabaksenquete-Kommission „Erläuterung zu den Grundzügen für die Bestimmungen, welche bei der Einführung des Tabaksmonopols in Deutschland zu treffen sein würden“ (Band V Nr. 68 Anl. c.) beigegeben hat, 483,000 Ztr. Zigarren für 231,018,900 Mark, also den Ztr. zu 479 Mark. Mit anderen Worten: die Regiezigarren sind um 150 Mark per Ztr. theuer, während die Preise im Detailverkauf unverändert bleiben sollen. Das Wunder wird dadurch hervorgebracht, daß der Konsument über das Gewicht der Zigarren getäuscht wird. Während bisher 7500 Stück Zigarren auf den Zentner gehen, steigert sich die Zahl selbst der theuersten Regiezigarren des Herrn v. Moser (à 40 Pf.) auf 8000 Stück, derjenigen zu 8 Pf. auf 8,500, derjenigen zu 5 Pf. auf 9000, und endlich der 3- und 4-Pfennig-Zigarren auf 10,000 und 11,000 Stück. Zugleich her bilden diese beiden von der ärmsten Bevölkerung verbrauchten Sorten 42 pCt. des ganzen Konsums. Diese künftige „Verlärchtigung des armen Mannes“ bezeugt allerdings den Werth der Mitwirkung eines alten französischen Regiebeamten, des jetzigen technischen Direktors der Straßburger Tabakmanufaktur, auf dessen Autorität Herr v. Moser sich beruft. Unter Zugrundelegung der gleichen Ermittlung und Veranschlagung berechnet sich der Zentner

	im freien Betrieb	Tarif der Regie	Steuerzuschlag
Rautabak	Mark 59,80	Mark 75,60	Mark 15,80
Schnupftabak	„ 91,20	„ 120	„ 28,80

Rautabak 160 „ 124 „ 36
Merkwürdiger Weise geht aber Herr v. Moser von der Voraussetzung aus, daß trotz der Vertheuerung des Zentners Zigarren um 150 Mark, des Rautabaks um M. 15,80, des Schnupftabaks um M. 28,80 und der Preisverminderung des Zentners Rautabak um 36 M. das bisherige Konsumerhältniß unverändert bleiben werde. Nach sachkundigen Schätzungen, sagt Herr v. Moser (p. 93 des Berichts), kommen von dem Gesamtkonsum 3 pCt. auf Rautabak, 8 pCt. auf Schnupftabak, 47 pCt.

auf Rautabak, 42 pCt. auf Zigarren. In den beiden Monopolländern Frankreich und Oesterreich vertheilt sich der Konsum in folgender Weise:

	Frankreich	Oesterreich
Rautabak	1 pCt.	0 pCt.
Schnupftabak	24 „	7 „
Rautabak	64 „	76 „
Zigarren	12 „	17 „

Angeichts dieser ganz unbrauchbaren Grundlagen des Moser'schen Projektes muß man allerdings das Bedauern theilen, daß die Tabaksenquete-Kommission nicht mehr Zeit gehabt hat, diese Aufstellungen zu prüfen.

C. Berlin, 2. Mai. [Die Interpellations-Verhandlung. Zur parlamentarischen Gesellschäftslage. Fürst Bismarck. Zur Reform des Bauwesens.] Die gestrige Verhandlung des Reichstags über die Hamburger Angelegenheit hat, obgleich sie nach der geschäftsmäßigen Sachlage kein positives Resultat haben konnte, doch bei Weitem den tiefsten Eindruck von allen Diskussionen der diesmaligen Session hervorgebracht; von den gemäßigtesten Leuten, welche zugleich zu den devotesten Anhängern des Kanzlers gehören, konnte man nach der gewiß sehr starken Rede des Abg. Richter hören, es sei doch gut, daß Herr Richter gewisse Wahrheiten, welche von keinem Anderen ausgesprochen werden, aber zur Charakteristik unserer gegenwärtigen politischen Situation gesagt werden müssen, öffentlich zum Ausdruck bringe. Ohne verbürgen zu wollen, daß es begründet ist, sei erwähnt, daß behauptet wird, Fürst Bismarck sei in dem Entschlusse, Hamburg auf dem jetzt betretenen Wege zum Eintritt in den Zollverband zu zwingen, denn auch einigermaßen wandelnd geworden. Im Hinblick darauf, daß es in der That nicht zu den Gewohnheiten seiner Politik gehört, vielfachem Widerstande gegenüber bei einem Plane zu beharren, wäre es immerhin möglich, daß diese Aufassung sich bewahrheitet; denn einerseits droht, nach den gestrigen Aeußerungen von liberaler und klerikaler Seite, ein Konflikt mit dem Reichstag über die Auslegung der Verfassung; und andererseits verlautet, daß die ursprünglich im Bundesrat überwiegende, ziemlich harmlose Ansicht, welche die ganze Angelegenheit wesentlich unter den Gesichtspunkten der sogenannten „wirtschaftlichen Reform“ betrachtete, doch nachgerade fallen gelassen sei; namentlich die größeren Regierungen sollen die Bedeutung des Streites für das bundesstaatliche Verfassungsrecht allmählig ernst nehmen. Auf die Herausbildung einer Majorität gegen den preussischen Antrag ließe das zunächst noch nicht schließen; indeß, da es nicht die Gewohnheit des Fürsten Bismarck ist, in derartigen Fragen die sogenannten Mittelstaaten zu brüskieren, so könnte immerhin entschiedener Widerspruch derselben bewirkt, daß man den Antrag in irgend einer Form vorläufig auf sich beruhen ließe. Vielleicht hält Fürst Bismarck dies auch darum für thöricht, weil er den Antrag bekanntlich nicht als Reichskanzler eingebracht, sondern ihn nur Namens des preussischen Ministeriums unterzeichnet hat. Wenn in diesem die Ansicht der Majorität sich ändert, so kann der Ministerpräsident d. F. selbst im Bundesrathe zum Ausdruck bringen, ohne zu konstatieren, wie er selbst in den verschiedenen Stadien der Frage sich zu dieser verhalten hat. Indes mit Sicherheit ist auf einen derartigen Ausgang bis jetzt nicht zu rechnen. — Trotz der Gereiztheit der offiziellen Erörterungen über den Beschluß des Seniorenkongress, die Steuervorlagen nicht zur weiteren Berathung zu bringen, bleibt es dabei, daß Fürst Bismarck selbst auf eine definitive Entscheidung über jene Gesekentwürfe für dies Mal nicht gerechnet hat und auch wohl jetzt nicht darauf rechnet. Der ziemlich überflüssige Hinweis darauf, daß nicht der Seniorenkongress, sondern der Kaiser die Reichstagsession zu schließen habe, hat wohl nur den Zweck gehabt, dem Mißmuth über einige unerwünschte Reichstagsabstimmungen der letzten Zeit irgendwie Ausdruck zu geben; und in demselben Zusammenhang wird es aufzufassen sein, daß gestern ein Vertreter des Kanzlers darauf drang, daß die halbvergeffene Vorlage über die zweijährigen Etatsperioden noch in den nächsten Tagen zur Verathung gelange. Außer einer kleinen Demonstration gegen ungewohnte Selbstthätigkeitsregungen des Reichstags „hat es weiter keinen Zweck“, möglich allerdings, daß die Meinung aufgekommen ist, es sei wenigstens eine zweite Lesung der Steuergesetze noch erwünscht, um während derselben noch mehr „Anlagematerial“ als bisher zu sammeln; aber daß ein, wenigstens hin und wieder beschlußfähiges Haus länger als noch etwa acht Tage zusammengehalten sei, glaubt Niemand. — Wie schon ein paar Mal, so wird heute von Neuem mit Bestimmtheit das Erscheinen des Fürsten Bismarck im Reichstag in Aussicht gestellt; morgen, so heißt es, wolle er an der Verathung des Handelsvertrages mit Oesterreich theilnehmen. Wir werden ja sehen. Eine charakteristische Thatfache bleibt es, daß es nicht einmal über den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck zuverlässige Nachrichten giebt, obgleich eine, wenn auch beschränkte Anzahl von Personen ihn doch sieht. Von seinen Intimen behaupten die Einen, er sei wirklich körperlich außer Stande, an den parlamentarischen De-

batten theilzunehmen, und die Anderen, seine Besucher hätten ihn bei einem jüngst von ihm gegebenen Diner äußerst wohl gefunden! — Morgen werden Ministerialräthe aus verschiedenen preussischen Ressorts zu einer Konferenz über die Reform des staatlichen Hochbauwesens zusammentreten, welche der Minister Maybach angeregt hat. Es handelt sich zunächst darum, zu ermitteln, wie weit der bürokratische Mechanismus im staatlichen Bauwesen sich einschränken läßt, da hiervon hauptsächlich die Möglichkeit einer umfassenderen Verwendung von Privatarchitekten abhängt.

□ **Berlin**, 3. Mai. (Von fortschrittlicher Seite eingekandt.) [Die Reichstagsdebatte über Altona und St. Pauli.] Die Reichstagsverhandlungen über die Interpellation der Abg. Wolffson, Möring und Genossen betreffend die projektirte Einverleibung von Altona und St. Pauli in das Zollgebiet begannen mit einem klaren und gründlichen, zugleich recht nüchternen Plaidoyer des hamburgischen Abg. Rechtsanwalt Wolffson gegen den Antrag Preußens. Die ausweichende, die beantragte Maßregel jedoch als verfassungsmäßig bezeichnende Antwort des Unterstaatssekretärs Scholz war geeignet, einen Reichstag, der auf strenge Beobachtung der Reichsverfassung und seiner eigenen verfassungsmäßig garantirten Rechte hält, in einige Erregung zu bringen. Die Reden der nachfolgenden Redner Karsten und Richter begnügten sich indessen im Wesentlichen damit, das sachliche Material zur Beurtheilung der Frage zu vermehren. Der fortschrittliche Abg. für Altona, Professor Karsten, bezeugte, daß Altona's wirtschaftliche Interessen denen Hamburgs in keiner Beziehung widersprechen und Altona durch die, angeblich zu seinem Vortheile dienenden Maßregeln ebenfalls auf das Tiefste geschädigt werde. Der Abg. Richter brachte in Ansehung der wirtschaftlichen und rechtlichen Sachlage Ergänzungen zu der Eingangsrede Wolffson's. Ueberraschen mußte die Rede des konservativen Wortführers von Münnigerode, der in der so zahnmen Interpellation den verwerflichen Versuch einer Pression auf den Bundesrath, eine Einmischung in dessen Funktionen und Befugnisse erblckte, das frühere Bundesrathsmitglied, den Abg. Minister Delbrück wegen der Unterstützung der Interpellation förmlich denunzierte und für seine, nicht einmal die Verfassungsmäßigkeit des preussischen Antrags und die Kompetenz des Bundesraths, über denselben allein zu beschließen, behauptenden allgemeinen Redensarten lebhaften Beifall seiner Partei erröte. Das war freilich die günstigste Gelegenheit für den Abg. Richter (Hagen), mit Keulen dreinzuschlagen. Seine bittere Kritik beschäftigte sich weniger mit dem, recht oft nicht glücklichen Abg. v. Münnigerode, als mit dem Reichskanzler und der Antwort seines Stellvertreters. Ein Reichskanzler, der, „mag er jeweilig krank oder gesund sein, den Reichstag während einer ganzen Session nicht mit seiner Gegenwart beehrt“ und solche Stellvertreter findet, die nur sagen, was ihnen aufgetragen ist und kein Wort darüber, bietet allerdings als einzige verantwortliche Persönlichkeit in der Reichsregierung bei einer Erörterung über die behauptete Verfassungswidrigkeit seines eigenen Vorgehens in einer — nicht bloß die gesammte Bevölkerung eines wichtigen Einzelstaates, sondern die deutschen Gesamtinteressen schwer berührenden Frage eine breite Angriffsfläche dar, und Richter ließ es an Angriffen nicht fehlen. Die Befürchtung, daß sich unter dem Schutze der Verantwortlichkeit „ein Kanzlerdespotismus“ in Deutschland entwickeln könnte, und die Verwahrung des preussischen Abgeordneten gegen dieses Vorgehen gegen einen kleinen Nachbarstaat sprach er sehr laut und erregt aus; einzelne Konservative versuchten vergeblich ihn durch den ironischen Zuruf: „Lauter!“

aus dem Kontext zu bringen. — Der Appell an den Bundesrath, hier die verfassungsmäßigen Rechte eines Kleinstaates zu schützen, die Versicherung, daß die Kronrechte der Fürsten nicht um ein Titelchen heiliger und ehrwürdiger seien, als die Rechte der freien Städte, wurden direkt an die außerordentlich zahlreich versammelten Bundesrathsmitglieder gerichtet und machten augenscheinlich auf die betreffenden Herren großen Eindruck. — Ja, naheßigende Abgeordnete versicherten, daß zu Schluß der Richter'schen Rede Einzelne an dem sogenannten „kleinen Bundesrathstisch“ sich hatten hinreißen lassen, mit der Linken Bravo zu rufen (?). — Die Reden von Windthorst und Lascher brachten die Diskussion in ein ruhigeres Geleis, allein wenn man erwägt, daß, wie Lascher mit Recht konstatierte, kein einziger Redner die Verfassungsmäßigkeit des preussischen Antrags darzuthun versuchte und daß in einer solchen Diskussion (abgesehen von den vor Beginn der Diskussion gethanen wenig erheblichen Äußerungen des Herrn Scholz) die zahlreich anwesenden Bundesrathsmitglieder allesamt sich wiegen, so wird Jedermann, gleichviel welcher Partei er angehöre, einräumen müssen, daß für das deutsche Reich solche Zustände immer unerträglich werden. Auch die Versuche der Abgg. Stumm, Kleist-Neckow und Marquardsen zu Schluß der Sitzung, bei Feststellung der Tagesordnung die von der offiziellen Presse, namentlich von der „Nordd. Allgem. Ztg.“, so heftig angegriffenen Beschlüsse des Seniorenkongresses theilweise unwirksam zu machen, oder wenigstens mit einem zierlichen Anstands-Mantelchen zu umhängen, schlugen nicht eben zu Gunsten der „Kanzlermajoritäten“ aus. Diese Majoritäten sind nach Annahme des Militär- und Sozialistengesetzes, augenscheinlich verfloren.

— Nach einer Verfügung des Justizministers vom 19. v. M. unterliegen Vollmachten, welche ausschließlich zum Gebrauche in den nach der deutschen Zivilprozeßordnung, der Strafprozeßordnung oder der Konkursordnung zu verhandelnden Rechtssachen bestimmt sind, nach preussischem Landesgesetze der Stempelspflicht. Es ist mithin für diese, sofern sie einen Gegenstand von mindestens 150 M. betreffen, binnen 14 Tagen nach ihrer Ausstellung der tarifmäßige Stempel zu verwenden, widrigenfalls die gesetzlichen Stempelfrafen verfallen, ohne Unterschied, ob von den Vollmachten in einem Prozesse Gebrauch gemacht worden ist oder nicht.

— Fürst Bismarck soll seinen ältesten Sohn, Graf Herbert, am 29. v. M. persönlich nach der russischen Botschaft gesandt haben, um die Glückwünsche des deutschen Reichskanzlers für den Geburtstag des Czaren zu überbringen.

— Die neue Geschäftsordnung des Bundesrath ist nunmehr endgültig festgestellt, die angenommenen unerheblichen Modifikationen bezogen sich ausschließlich auf die Frage der Geheimhaltung. Im Uebrigen bestätigten sich die schon früher gemachten Mittheilungen. Die Substitution bleibt nur in einer sehr beschränkten Weise bestehen, dergestalt, daß sie ein Bevollmächtigter dem anderen nur für eine Sitzung übertragen kann; für längere Substitutionen bedarf es einer formellen Bevollmächtigung seitens der betreffenden Regierung resp. des Souveräns. Um derartige Vollmachten, die jetzt sofort nötig werden dürften, zu beschaffen, werden diese Bestimmungen erst nach vierzehntägiger Frist in Kraft treten.

— Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages hielt gestern ihre letzte Sitzung ab, in welcher der Abg. Dr. Baumbach über die zahlreichen Petitionen referirte, welche aus allen Theilen Deutschlands in der Innungsfrage von konservativen Vereinen, Handwerkervereinen, Gewerbestämmen, Handwerkerinnungen und sonstigen Verbänden, sowie von einzelnen Interessenten eingegangen sind. Nicht weniger als 325 Petitionen, welche sich auf diese hochwichtige Angelegenheit beziehen, liegen dem Reichstage vor, und zwar sind es verschiedene Richtungen, nach welchen diese Kundgebungen zu gruppieren sind. Während die Delegirtenkonferenz deutscher Gewerbestämmen in

München am 4. und 5. Juni v. J., deren Petition vorliegt, sich noch wesentlich auf dem Standpunkte der Gewerbefreiheit bewegte, verlangen zahlreiche Petenten jetzt schlechthin die Einführung von Zwangsinnungen, indem es vielfach für eine ausgemachte Sache erklärt wird, daß auf dem Boden der dormaligen Gewerbeordnung ein befriedigendes Resultat in dem Streben nach Reubelebung der Innungen nicht zu erreichen sei. Wohl wird der Erlaß des Staatsministers Maybach vom 4. Januar 1879 in vielen Petitionen mit Freudigkeit begrüßt, jener Erlaß nämlich, welcher zu einer Reubelebung des Innungswesens auf dem Boden der dormalen geltenden Gewerbeordnung aufforderte und insbesondere die Staats- und Gemeindebehörden zur Mitwirkung in dieser Hinsicht ermächtete; allein vielfach wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man schon jetzt zu der Ueberzeugung gelangt sein müsse, daß nur durch eine radikale Aenderung der Gewerbeordnung Abhilfe geschafft werden könne. So erklären sich verschiedene Petitionen aus Schlesien geradezu für die Zwangsinnungen: „Nur der zünftig geprüfte Meister soll in seinem Fach das Handwerk betreiben dürfen.“ Ähnliche Kundgebungen liegen aus Westpreußen vor. Auch eine große Petition des konservativen Vereins und zahlreicher Gewerbetreibender in Hannover fordert die Einführung von Zwangsinnungen: „Jeder Handwerker — so wird hier vorgeschlagen — der sein Geschäft selbstständig betreiben will, muß einer Innung angehören, und nur derjenige darf Mitglied sein, der sein Handwerk erlernt und dies nachgewiesen hat.“ Dieser Petition haben sich dann Gewerbetreibende aus Göttingen, Altona, Schleswig, Lüneburg, Goslar u. s. w., ja auch der allgemeine Gewerbeverein in München angeschlossen. Zwangsinnungen fordern weiter verschiedene Innungen zu Magdeburg, Essen und Krefeld. Auch die Vereinigung der deutschen Steuer- und Wirtschaftsreformer verlangt nach solchen. Der konservative Verein zu Hirschberg-Schönau erklärt den Antrag „von Sendewitz“ für ungenügend, weil er nicht die Zwangsinnungen fordere, und selbst aus Düsseldorf, also aus den Rheinlanden, woselbst die Innungen nur wenig Dusein haben, kommt eine Petition um Einführung obligatorischer Innungen. Auch aus Dortmund und Bochum liegen derartige Kundgebungen vor. Gleiches erstreben Petitionen der Schneider-Korporationen des Verbandes Schens, der sächsischen Herzogethümer und Thüringens in Dresden, sowie verschiedene Verbände zu Köln, Quedlinburg und Saarbrücken. Nicht soweit gehen dagegen die Petitionen anderer Körperschaften, welche mehr auf dem Standpunkt der Antragssteller und auf dem der liberal-konservativen Majorität der Gewerbekommission stehen, indem sie Ausstattung der Innungen mit gewissen öffentlich-rechtlichen Befugnissen verlangen, denselben die Aufsicht über das gesammte Lehrlingswesen (auch bei Nichtinnungsmeistern) überweisen und theilweise sogar nur Innungsmeistern die Annahme von Lehrlingen gestatten wollen. Letzteres wird z. B. von verschiedenen Korporationen Westfalens verlangt. Auch der Handels- und Gewerbeverein zu Apolda hat sich in dieser Hinsicht mit dem Antrage „von Sendewitz“ für einverstanden erklärt. Die Gewerbestämme zu Dresden will das Lehrlingswesen an die Innungen und gewerblichen Korporationen in der Weise überweisen haben, daß jeder Lehrling bei einer Nachkorporation aufgenommen, geprüft und losgesprochen werden muß; im Uebrigen will die Dresdener Gewerbestämme, welche dieserhalb eine Separatnote in ihrem Bezirk veranfaßt hat, keine Zwangsinnungen. Auch der Zentralverband der deutschen Uhrmacher in Berlin spricht sich gegen Zwangsinnungen aus, will aber die Aufsicht über die Lehrlinge den Handwerkerverbänden überweisen, auch sollen die Lehrlinge bei diesen Verbänden ein- und ausgeschrieben, und obligatorische Lehrlingsprüfungen eingeführt werden. Eine überaus große Anzahl von Petitionen ist ferner von der Leipziger polytechnischen Gesellschaft und von verschiedenen sonstigen Körperschaften in Leipzig ausgegangen, indem sich dieselben zahlreiche gewerbetreibende Vereine und Korporationen in den verschiedensten Theilen Deutschlands, namentlich in Sachsen und Thüringen, angeschlossen haben. Diese Petitionen erklären ausdrücklich, daß keinem Gewerbetreibenden das Recht entzogen werden soll, Lehrlinge auszubilden; doch soll die Aufsicht über das Lehrlingswesen den Innungen übertragen und nur durch die Innungen, wo solche bestehen, sollen Lehrlinge aufgenommen und losgesprochen werden. Speziell für die Bauhandwerker werden obligatorische Meisterprüfungen von dem Verbands deutscher Baugewerksmeister und von dem Verband von Baugewerksmeistern in den Rheinlanden und in Westfalen verlangt. Endlich fehlt es auch nicht an Petitionen, welche gegen die Anträge von Sendewitz und gegen eine Abänderung der Bestimmungen über das Innungswesen gerichtet sind. Nachdem die Hauptpunkte aus diesen Petitionen zum Vortrag gekommen, und nachdem von dem Abg. Dr. Lingens noch eine größere Anzahl von Petitionen vorgetragen worden, welche nicht allein Umgestaltungen des Innungswesens, sondern auch noch sonstige Abänderungen der Gewerbeordnung bezwecken,

Viktoria-Theater.

Bosen, den 3. Mai.

Leon Treptow, der Verfasser des am Sonnabend aufgeführten vieraktigen Volksstückes „Ein ehrlicher Mäker“, scheint bei seiner Arbeit von einer falschen Auffassung des Satzes „Ehrlich währt am längsten“ ausgegangen zu sein. Die Auf-führung des Stückes währte bis 10½ Uhr, und der letzte Akt allein nahm weit über eine Stunde in Anspruch. Das Stück ist von einer immensen Weitschweifigkeit; auf die Hälfte zusammengefaßt würde es wirklicher sein, namentlich im hiesigen Sommertheater, wo die lange Konzertpause ohnehin die Theaterabende zu sehr ausdehnt. Der ehrliche Mäker ist einer jener ungeheueren Edelsteine, wie sie auf dem Theater nicht eben ungewöhnlich sind, ein schlachter Mann, welcher unter rauher Hülle das edelste Herz birgt und alle Verwicklungen in seiner Umgebung zum Heile der Mitmenschen in Wohlgefallen auflöst. Der an sich nicht origenelle Stoff ist auch ziemlich schablonenhaft bearbeitet.

Die Leistung der Künstler war durchweg gut. Herr Hoffmann, der ehrliche Mäker, vulgo Rentier und früherer Schlächtermeister Anorpel, hatte die Last des Abends hauptsächlich zu tragen. Abgesehen davon, daß der berliner Dialekt dem Künstler nicht immer ganz handlich schien und daß ein regeres Mienenspiel der Darstellung nicht zum Nachtheil gereicht hätte, entlebte er sich seiner Aufgabe in recht anerkennenswerther Weise. Die Couplets fanden durchweg einen entsprechenden Vortrag, brillirten aber auch nicht alle durch amüsanten Inhalt. H. B.

Briefe aus und über Rußland.

© **Petersburg**, 1. Mai.

Die Sprache eines Volkes ist — sein Geist!

Ich habe es mir vorgenommen, den Leser einmal mit einem entymologischen Vortrage zu langweilen; da er nur als Einleitung zu diesem Briefe dienen soll, darf er nach den Regeln der Stylistik nicht lang sein und er wird sich deshalb auf die

Betrachtung zweier Worte zweier Sprachen beschränken, ohne etwa auf Lateinisch oder Griechisch, oder gar auf's Sanskrit überzugreifen. Ich will hier nur auf zwei deutsche und zwei russische Worte hinweisen, die recht drastisch den Geist beider Völker beleuchten.

Im Deutschen sind die beiden Worte „Leben“ und „Lieben“ ungemein nahe verwandt, ja man möchte sagen, sie sind einander gleich, denn — wer lebt, der liebt, wer liebt der lebt auch. Wir hören eigentlich auf zu leben, wenn wir aufhören zu lieben, und Lieben ohne Leben ist ganz undenkbar.

Im Russischen heißt leben „žyt“, lieben „ljubit“. Es fehlt jede Verwandtschaft zwischen beiden Worten, die einander auch nicht im Entferntesten ähnlich sind. Dafür bildet der Russe aus seinem Worte „žyt“ das ganz eigenthümliche Wort „nazyt“, das — um es kurz zu machen — durch „bereichern“ wiedergegeben werden kann. Wenn also der Deutsche lebt, um zu lieben, lebt der Russe, um sich zu bereichern. Auf die Mittel kommt es nicht an. Wir sind am Ende unserer entymologischen Studie, und wollen den Beweis antreten, daß man in Rußland um die Mittel, sich zu bereichern, nicht sehr besorgt, daß man in dieser Beziehung überhaupt nicht sehr wählerisch ist.

Zu Kaiser Nikolaus' Zeiten hat man jeden Oberst, der sich nicht durch seine Stellung bereicherte, für einen Lump gehalten; man sagte von einem Obersten, der sich bei der Equipierung und Alimentierung seines Regiments bereicherte, nicht, „er hat gestohlen“, (warowal), sondern er hat sich „bereichert“ (nazywal). Bei solcher Gelegenheit ereigneten sich sehr häufig recht komische Historien, von denen folgende noch nicht die drolligste ist. Gegen Ende der fünfziger Jahre rangirte der Oberst des in Warschau garnisonirenden Gendarmenregiments ein Drittel der Dienst-pferde aus und verkaufte sie Stück für Stück à 10 Rubel an einen Pferdehändler in Lublin. Dieser Ehrenmann verpflichtete sich zugleich, nach 14 Tagen oder 3 Wochen die nöthigen Remontepferde zu stellen, was auch pünktlich geschah. Die Remontepferde wurden, nachdem sie von der Kommission, deren Vorsitzender natürlich der Oberst selbst war, für tauglich befunden waren, übernommen und den Gensdarmen übergeben. Diese hatten Mähe, die Thiere in die verschiedenen Stallungen zu führen, denn dies wollte in den Stall der ersten, jenes in den der dritten oder vierten Eskadron, während sie in umgekehrter Ordnung untergebracht werden sollten. Der Oberst bemerkte alles

dieses nicht, denn sowohl er als die anderen Mitglieder der Kommission hatten sich gleich nach der Uebernahme der Pferde entfernt, ihm lag ja außerdem ob, die Rechnung mit dem Roskamm zu reguliren, er konnte sich also um die Pferde nicht weiter kümmern. Nach etwa 14 Tagen vertauschten die Gensdarmen ihre Pferde; jeder nahm sein altes wieder, denn die künstliche Farbe, mit der die Thiere überzogen waren, war unter Bürste und Striegel verschwunden, hatte der natürlichen Platz gemacht, und jeder Gensdarm erkannte seinen alten Gaul wieder. Der Regimentschierarzt war naiv genug, zu glauben, daß unter der Regierung des Kaisers Alexander diese Art der Bereicherung nicht mehr statthaft sei und zeigte den Vorfall dem Brigadegeneral an; er wurde für diesen Dienstleister — zur Disposition gestellt, und sollte in dieser Lage verbleiben, bis man Männer brauchen wird, die das Bereichern eines Obersten in der angegebenen Weise für Verbrechen halten. Ich glaube, der naive Thierarzt wird diese Zeit nimmer erleben. Solcher Obersten — das muß natürlich hinzugefügt werden — gab es in Rußland nicht mehr, als es — Regimenter hatte. Während des letzten Krieges hat ein Artilleriekommandeur sich in ähnlicher Weise bereichert, denn er kaufte gar keine Pferde zum Ersatz der gefallenen, ließ die Geschütze von den Mannschaften ziehen lassen dadurch zu spät dahin, wo seine Kanonen nötig waren, und wurde hierfür sehr hart bestraft, denn er wurde aus dem Dienste entfernt. Wäre er zur rechten Zeit auf dem Schlachtfelde erschienen, so wäre ihm wegen der lumpigen paar Hunderte von Pferden, für die er das Geld eingesackt hatte, kein Haar gekrümmt worden. Dieser Oberst hat sich eigentlich durch Sparfameit bereichert, und dies ist eine zweite Bereicherungsart, für die ich ein köstliches Beispiel kenne.

Zoll-Direktor Markow war ein sehr sparsamer Mann, eine wahre Perle. Er bezog präter propter 3000 Rubel Gehalt, unterhielt, da er sich einzuschränken verstand, Kutsche, Pferde, Kutscher, Koch, Kammerdiener, Gouvernante, Zofe und Alles, was hierzu gehört, und ersparte während einer Reihe von zehn Jahren die Lappalie von ca. 2 Millionen Rubel, von denen er die eine Hälfte in baarem Gelde und Werthpapieren, die andere in Diamanten, Perlen, Gold- und Silberfachen, Teppichen und anderen Gegenständen besaß. Er war ein Kunstkenner und hielt auf schöne und wirklich werthvolle Sachen; Flimmer und Flitter verlockte ihn nicht. Nach zehnjähriger zollamtlicher Thätigkeit

befloß die Kommission, die sämtlichen Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Jedenfalls ist dieser Petitionssturm ein Zeichen der großen Bewegung, welche den deutschen Handwerkerstand ergriffen hat; wenn auch gerade diese verschiedenartigen Rundgebungen erkennen lassen, daß z. B. die Ansichten noch nicht zur völligen Klärung gekommen sind, daß eine einheitliche Strömung nach einer bestimmten Richtung hin in dem Handwerkerwesen selbst noch nicht eingetreten und die Sache selbst zur Zeit kaum als spruchreif zu betrachten ist.

Die gestrige erste Sitzung der Reichsstempelsteuer-Kommission war vollständig mit der Generaldiskussion des Gesetzes ausgefüllt. Von einem liberalen Mitgliede ward hervorgehoben, daß, bevor neue Steuern, gleichviel in welcher Form, bewilligt werden könnten, feste Pläne über die Verwendung der erhobenen Summen vorliegen müßten. Der Grundgedanke der Steuerreform werde in der Richtung der Abminderung der direkten Steuern und der Entlastung des Grundbesitzes gesucht, wobei die Ermäßigung des Immobilienstempels besonders betont wurde. Merkwürdiger Weise und vielleicht zum ersten Male ward dagegen von einem konservativen Mitgliede Widerspruch erhoben und behauptet, daß der Grundbesitz gegen den Immobilienstempel und seine Höhe nicht viel einzuwenden habe, vorausgesetzt, daß künftighin die Schulden bei Berechnung desselben in Abrechnung gebracht würden. Ein anderes konservatives Mitglied widersprach diesen Äußerungen. Von Seiten der Mitglieder des Centrums ward theils mehr, theils minder deutlich betont, daß neue Steuern nur bewilligt werden könnten der Art, daß die Ueberführung der so erzielten Einnahmen in die Rassen der Einzelstaaten unzweifelhaft sicher gestellt sei. Nach längerer Diskussion, in welcher die Vertreter der Regierung zwar die Ermäßigung der direkten Steuern als die Absicht der Steuerreform anerkannten, von gesetzlichen Feststellungen zur Zeit aber nichts wissen wollten, ward die Generaldiskussion geschlossen, und wurden dann für die einzelnen Artikel des Gesetzes besondere Referenten bestellt. Die nächste Sitzung wird am Dienstag Morgen stattfinden, nachdem ein Antrag, dieselbe bereits am Montag Abend zu halten, abgelehnt war.

In Reichstagskreisen tritt nach der „Germania“ mit vieler Bestimmtheit das Gerücht auf, daß der Reichskanzler nach dem Votum des Reichstags vom letzten Mittwoch zwar auf das Tabakmonopol in der von ihm bisher gewünschten Form vorerst verzichten wolle, dagegen an die Einführung des Rohabakmonopols denke. Der Wegfall der Entscheidungsfrage würde, so scheint er anzunehmen, bei vielen Abgeordneten die Abneigung gegen das Projekt vermindern. Inwieweit dieses Gerücht begründet ist, will das oben zitierte Blatt dahingestellt sein lassen.

Im Reichstage hat die Entrüstung der Offiziösen über die Mittheilung, daß der Seniorenkonvent sich über die Vertheilung der Reichstagsarbeit, in Erwägung, daß der preussische Landtag am 20. Mai zusammentreten soll, schlüssig gemacht und angenommen habe, daß die Session etwa am 11. Mai enden würde, ziemlich auf allen Seiten des Hauses einen erheiterten Eindruck gemacht. Man übt seit einer Reihe von Jahren im preussischen Landtage, wie im Reichstage die Praxis, daß der Seniorenkonvent nach bestem Ermessen gegen den Schluß der Session verfügt, was erledigt werden soll und was nicht. Daß Niemand dabei den Gedanken hat, bezüglich des Schlusses der Session in die Prärogative der Krone eingreifen zu wollen, ist so selbstverständlich, daß man ernsthaft die gegentheilige Beschuldigung kaum zu entkräften unternehmen wird. Die Aussicht der Offiziösen, es dürfte möglicherweise der Reichstag nach Pfingsten weiter arbeiten, wird nirgends ernsthaft genommen.

Dem Reichstage ist heute der kürzlich vom Bundesrath beschlossene Gesetzentwurf betr. die Konsular-Gerichtsbarkheit in Egypten zugegangen.

Unter einem Theil der Konservativen offenbart sich neuerdings wieder Unzufriedenheit mit der inneren Politik des Reichskanzlers. Vor allen

Dingen wollen diese Konservativen nicht von ihrer Liebe zum Centrum lassen, und da dieses jetzt zweimal gegen den Reichskanzler gestimmt hat, — in der Samoafrage, wie in der Tabak-Monopol-Angelegenheit — so suchen sie wenigstens die mildernenden Umstände für die ultramontanen Freunde zu plaidiren. Dabei ergeht es freilich dem Reichskanzler selbst schlimm genug, wie folgende Auslassung des frommen konservativen „Reichsboten“ beweist:

Ohne das Centrum wäre die Zollreform unmöglich gewesen. An der Militärvorlage haben wir nie Freude gehabt; es stellt sich jetzt aber heraus, daß dieselbe auch das größte Hinderniß für die Steuerreform des Kanzlers bildet und daß es ein Fehler war, diese Vorlage mitten in die Finanzreform hineinzuwurfen. Weil dieselbe nämlich einen Theil der Zolleinnahmen absorbiert, so sagt man jetzt: Wir können in der Steuerreform nicht weiter gehen, ehe wir nicht thatsächlich sehen, daß die vermehrten Reicheinnahmen auch wirklich zur Steuerreform beim Erleichterung in den Einzelstaaten verwendet werden. Der Kanzler hätte die Militärvorlage erst nach dem Abschluß der Finanzreform bringen sollen. Gleich nach der Zollreform hätte er deshalb die neuen Steuervorlagen machen und bei der Verabreichung derselben zugleich ganz offen sagen sollen: wir müssen uns zugleich darauf einrichten, daß wir zu der notwendigen Vermehrung der Armee 17 Mill. Mark bedürfen. Daß man bei der Zollreform diese Mehrausgabe für die Armee erst in Abrede stellte — und hernach das Militärgesetz vorgelegt, hat auch für die Zukunft mißtraulich gemacht, und dieses Mißtrauen ist jetzt ein großes Hinderniß, an dem die Steuerreform scheitern zu wollen scheint. Im Zusammenhang mit der Zollreform hätte wahrscheinlich — namentlich wenn die Beendigung des Kulturkampfes rascher Fortschritte gemacht hätte — auch das Centrum für die Steuerreform gestimmt.

[Der anständige Ton.] Die konservative Presse ist bekanntlich im ausschließlichen Besitze des den liberalen Blättern leider verfallenen „anständigen Tons“. Hiervon wieder folgende Probe. Die „N. Ztg.“ glaubte, als die Samoaf-Vorlage im Reichstage abgelehnt war, es dem Interesse ihrer Leser schuldig zu sein, an der Hand des Gesellschaftsstatuts und des Handelsgesetzbuchs die zivilrechtlichen Rückwirkungen dieses Beschlusses auf die Rechtsverhältnisse der Aktionäre klarzulegen. Die streng geschäftsmäßige Darstellung, welche sie gab, erregte jedoch die schutzzöllnerische „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ zu einem Artikel, in welchem zwar keine sachliche Widerlegung, aber folgende Stilblüthe vorkommt:

„Während wir von der Ungeheuerlichkeit dieser Begebenheit noch ganz erschüttert, betäubt und unfähig sind, uns auf die Frage: „Was nun?“ eine Antwort zu geben: sehen wir mit patriotischem Entsetzen, daß die „National-Ztg.“ wie ein auf dem Kriegspfad befindlicher Froschenschnitzling auf die todt gemachte Schöpfung Bismarcks losspringt, um sich den blutigen Sclap anzuweigen, ja noch mehr, um den Leichnam in fannibalischer Hier auseinanderzureißen und seine geschändeten Stücke in alle Winde zu zerstreuen.“

Bekanntlich war der Prediger und Landtagsabgeordnete Neßler vom Konfessorium der Provinz Brandenburg mit einem ernsten Verweise und einer Geldbuße bestraft worden, weil er der Trauung seines Freundes, des Predigers Dr. Kalthoff in Rixdorf bei-gewohnt und im Zivilanzug (nicht im Talar) eine Ansprache gehalten hatte. Auf die Appellation des Herrn Neßler hat der Oberkirchenrath das Erkenntnis bestätigt, und damit ist die Sache endgültig entschieden.

Der Ministerialrath Schlegels ist zum Generalkonsul in Messina ernannt worden und wird demnächst an seinen Bestimmungsort abgehen.

Karlruhe. Ueber die voraussichtlichen Wirkungen des Wuchergesetzes könnten die Reichstagsmitglieder vielleicht einige Belehrung schöpfen aus einer amtlichen Publikation der Großherzoglich badischen Regierung, den auf Anordnung des badischen Ministeriums des Innern veröffentlichten „Statistischen Erhebungen zu den amtlichen Jahresberichten über die Ergebnisse der inneren Verwaltung im Großherzogthum Baden für das Jahr 1878 mit erläuternden Vorberichten der Großherzoglichen Landeskommissare“. Das Aktenstück giebt nach Mittheilung der allgemeinen statistischen Resultate einen

Ueberblick über die einzelnen Amtsbezirke und konstatirt insbesondere vom Amtsbezirke Bretten den Rückgang im Wohlstande der Bevölkerung.

„Wie sehr die schlimme Lage der Landwirthe von Wucherern ausgebeutet wird“, heißt es, „zeigen die täglichen Verhandlungen bei den Gerichten, wo ungeheuer die höchsten Zinsen geltend gemacht und mit dem großen Risiko entschuldigt werden, daß der Darleiber, Verkäufer etc. übernimmt. Die gewandten Wucherer, deren es im Bezirk eine Anzahl giebt, sagen offen, daß sie die Wiedereinführung der Strafbestimmungen wünschen, weil die Zahl derjenigen, welche Geschäfte dieser Art treiben, von Jahr zu Jahr zunimmt. Daß sie selbst dem Strafgesetz verfallen, befürchten sie nicht, weil es ihnen nicht schwer fällt, das Rechtsgeschäft so abzuschließen, daß der Zinsbestand des Wuchers nicht nachgewiesen werden kann.“ — Im Hinblick auf die Wucherergesetz-Debatte im Reichstage wird übrigens in einem badischen Blatt die Thatsache zur Kenntnissnahme verbreitet, daß eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Wuchers, die Gründung landwirthschaftlicher Darlehens-Kassenvereine, trotz der Indolenz des Landwirthes, im Breisgau mit großem Erfolge zur Einführung gelangt ist, wo es dem Vorstande der landwirthschaftlichen Wirtshaus zu Freiburg, Herrn Dr. Linde, gelang, binnen kurzer Zeit in nicht weniger als zwölf Landgemeinden solche Darlehens-Kassen-Genossenschaften einzurichten.

Aus Baden, 29. April. Das heute erschienene „Anzeigblatt für die Erzdiözese Freiburg“ enthält einen Erlaß des erzbischöflichen Kapitels-Bikariats in Betreff des Nachweises der allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen. In der Einleitung heißt es: „Unser oberhirtliches Amt legt uns die unerläßliche Pflicht auf, mit aller Sorgfalt die tüchtige Heranbildung und die Amtsanforderung der uns unterstehenden Geistlichen zu leiten. Wir sind andererseits aber auch verpflichtet, soweit es in unseren Kräften liegt, für eine ausreichende Poststation zu sorgen und möglichst dem Wohlstande unserer Seelsorge abzuhehlen. Im Hinblick hierauf und da die Pflege der sittlich-religiösen Interessen am besten durch das harmonische Zusammenwirken zwischen der Staats- und Kirchengewalt geübt, haben wir uns dem Gesetz vom 5. v. M. unterzogen. Wir begrüßen diesen bedeutungsvollen Schritt zur Annäherung des Friedens zwischen Staat und Kirche.“ Der Erlaß führt sodann aus, das Gesetz verlange nur, daß „die Kandidaten des geistlichen Standes die Absolvierung der für die übrigen sogenannten Berufsfächer vorgeschriebenen Gymnasial- und akademischen Studien nachweisen“. Hieran schließt sich eine bischöfliche Verordnung, welche bestimmt:

1) Die Kandidaten der Theologie haben spätestens vier Wochen vor Abhaltung des kirchlichen concursus pro seminario die im Gesetze bezeichneten Nachweisungen (Absolutorium und Universitätszeugnisse) der Kirchenbehörde vorzulegen. 2) Jene Priester, welche die erwähnten Nachweisungen nicht vorlegen können, haben ihre andern Papiere (über Heimberechtigung, Studiengang) stets der Kirchenbehörde vorzulegen, das erste Mal sofort, wenn sie im badischen Theil der Diözese in der Seelsorge ständig thätig sein wollen. 3) Priester, welche nur vorübergehend, aber zur Stellvertretung oder Aushilfe im badischen Theil der Diözese zur Vernehmung kommen, haben der Kirchenbehörde vorzulegen Zeugnisse über Ordination, seitherige Dienstleistung und Heimberechtigung. 4) In allen diesen Fällen wird die Kirchenbehörde an der Hand der ihr übergebenen Nachweisungen bei der großherzoglichen Regierung die erforderlichen Schritte thun, daß der Verwendung der Betreffenden im kirchlichen Dienste kein staatliches Hinderniß im Wege steht, bezw. die erforderliche Dispens ertheilt werde. 5) Zur bloß gelegentlichen, bezw. zeitweisen Aushilfe seitens der im Auslande, besonders an der Grenze angestellten Priester genügt der Auftrag des kirchlich bestellten Pfarrers oder Pfarrverweisers. Falls der ausführende Priester staatlich noch nicht als zugelassen erklärt ist, so hat der parochus loci dem Ministerium des Innern Anzeige zu machen unter Angabe von Namen, Wohnsitz und sonstiger Dienststellung des Aushelfenden. 6) Um die Besetzung von Kirchenämtern mit den seit 1863 ordinirten Priestern möglichst zu beschleunigen, werden die Betheiligten schließlich aufgefordert, ihre Papiere baldmöglichst der Kirchenbehörde vorzulegen. (Köln. Volksztg.)

kaufte sich der sparsame Mann ein Güthen, um in seinem Zuckerkübel ein beschauliches Leben zu führen, d. h. die angehäuften Werthgegenstände nochmals zu betrachten und zu taxiren. Für das Güthen bezahlte er nur — eine Million Rubel auf einem Tische, denn er liebte es nicht, Schulden zu machen.

Diese Art der Bereicherung ist nur möglich in der Stellung als Zollbeamter, doch lassen sich auch im Bankgeschäft ziemliche Ersparnisse machen, wie neuerdings der Prozeß gegen den Rentanten der Odeffaer Kommerzbank Scheins beweist. Dieses Juwel von Rentanten hat es verstanden, in einem Zeitraum von nicht vollen vier Jahren ein kleines Vermögen zu ersparen, so daß er jetzt, wo er das Unglück hat, wegen seiner Sparbarkeit nach Sibirien zu wandern, doch nur, um im Gouvernement Tobolsk unter Polizeiaufsicht zu leben, eine Kaution von 200,000 Rubel stellen will, welche dafür bürgen soll, daß er sich freiwillig an den Ort seiner Verbannung begiebt. Das Gericht will 300,000 Rubel, und — der sparsame Scheins wird sie deponiren. Dieses Kapital bildet, im Verein mit einer herrlichen Villa in der Nähe von Odeffa, einen Theil der Ersparnisse des Ehrenmannes. Die Leser werden wohl fragen, wie hoch sich das Gehalt Scheins belaufen hat. Nun er bezog jährlich ein Gehalt von 6000 Rubel und — hatte die Schlüssel zur Kasse Tag und Nacht bei sich. Uebrigens fehlen ja in der Kasse nur gegen 120,000 Rubel; das Uebrige hat der brave Mann Privatpersonen abgenommen, welche bei der Bank Gelder deponiren wollten und ihm dieselben gegen werthlose Scheine anvertraut haben.

Odeffa hat übrigens in dieser Beziehung Glück; sparsame und geschickte Leute giebt es dort in Hülle und Fülle. Noch war der Prozeß gegen den „unglücklichen“ Scheins nicht beendet, da stellte es sich heraus, daß auch in der städtischen Bank 15,246 Rubel fehlen. Wer sie eingestiebt hat, ist bis jetzt noch nicht ermittelt, es steht nur fest, daß die Bank für diese Summen Kupons ihrer Papiere gekauft hat, die schon einmal in ihrem Besitze waren. Ein Bosco, Hermann oder Epstein hat sie im Beisein der Direktoren, Aufsichtsräthe und anderer Beamten verschwinden machen, sie in Kurs gesetzt, und sie gelangten nach dem Gesetze des Kreislaufs des Stoffes wiederum dahin, von wo sie . . . ich bin in Verlegenheit wegen des richtigen Ausdrucks, denn ich darf, wenn ich den echten Russen nicht beleidigen will, nicht sagen: „gestohlen“ worden, sondern ich darf nur sagen:

von wo sie auf wunderbare Weise „verschwunden“ sind, da man bis jetzt nicht einmal ahnt, wer so geschickt gewesen ist, die eingelösten, in Pakete zusammengebundenen und versiegelten Kupons aus den Fesseln zu erlösen und in Freiheit zu setzen.

In den oben angeführten Fällen haben sich einzelne Personen durch weise Sparbarkeit und Geschicklichkeit, die ja bekanntlich keine Hexerei ist, „bereichert“. Im Gouvernement Jaroslawl hat es sich aber erst dieser Tage herausgestellt, daß die Vorsteher der autonomen Gemeinden, des dem übrigen Europa als Muster geschilderten „Mir“, die ihnen anvertrauten Gemeindefassen ganz als ihr Privateigenthum verwaltet haben. Es ist dies ein neuer Beweis dafür, daß die Herren Nihilisten ihr gutes russisches Volk gar nicht kennen und nicht wissen, daß in allen Schichten der kommunistische Grundsatz herrscht: „Was Dein ist, ist auch Mein; aber nach dem was Mein ist, hast Du — kein Recht zu fragen.“ Sämmtliche Gemeindevorsteher sind nun so „unglücklich“, daß ihre Art der Rassenverwaltung entdeckt wurde. Die Gemeinden haben zur Strafe dafür, daß sie solche Vorsteher gewählt haben, die Rassen wieder zu füllen, — so lautet das Urtheil der Jaroslawler Salomos, — die unglücklichen Vorsteher aber werden nach Sibirien wandern.

Wenn nun alle „Unglücklichen“ nach Sibirien gesandt werden, so ist es wohl kein Wunder, daß die — Ehrlichkeit dort nicht zu Hause ist. Einen Beweis dafür liefert die Stadt Tomsk, wo vor ganz kurzer Zeit aus der Gouvernementskasse die Bagatelle von 40,000 Rubel verschwand. Der Leser wird wohl sofort an den Kassenrentanten denken; doch ist er diesmal im Irrthum. Der Gefreite Krylowski, welcher beim Kassenspinde auf Wache stand, konnte der Versuchung nicht widerstehen, hineinzuhauen, und durch einen kühnen Griff wahrscheinlich dem Rentanten — zuvorkommen. Doch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, — Aehnliches ist in Rußland auch schon vorgekommen, — daß der Gefreite sich 4000 Rubel rechtswidrig angeeignet, der Rentant aber für seine Rechnung die übrigen 36,000 Rubel an sich genommen hat! Das Loos des Gefreiten wird ja hierdurch nicht verschlechtert, denn er wird für die Aneignung von 40,000 Rubel nicht härter bestraft, als für die Aneignung von 4000 Rubel, d. h. er wird in eine Festung Europas gesandt, da der „unglückliche“ Sibirier nach dem europäischen Rußland und Polen deportirt wird.

Nun zum Schluß noch eine Seite unserer, d. h. der rus-

fischen Moralität, namentlich der Liebe der russischen Cheleute. Es giebt kaum ein Gefängniß im weiten Reiche (es zählt ihrer weit mehr als es Schulen hat), in welchem sich nicht zwei bis drei Frauen befänden, die ihre Männer, größtentheils mit Hilfe von Successionspülverchen, die sie von Zigeunerinnen erhandelten, ins schönere Jenseits befördert haben. Ebenso dürfte ein Gefängniß zu den Seltenheiten gehören, in welchem sich nicht ein Mann befindet, der das Eheband mit einem Messer durchschnitten, oder in roherer Weise mit einem Beile durchhauen hat. Es vergeht auch selten ein Tag, an welchem eine hiesige oder Mos-tauer Zeitung nicht über einen oder zwei Gattenmorde zu berichten hätte, und es geschieht dies in einem Tone, der hinlänglich beweist, daß ein solcher Fall zu den alltäglichen Lebenserscheinungen gehöre, über den man sich nicht allzusehr zu wundern braucht.

Der deutsche Leser dürfte beim Lesen obiger Schilderung zurückschauern und sagen: „Gott, was sind das für Menschen! was ist das für eine Welt!“ Hierauf erwidere ich, daß pro primo da, „wo alle stehlen, Diebstahl kein Verbrechen und keine Sünde ist“, wie dies ja aus der Beschreibung der Hottentotten und Kaffern zur Genüge bekannt ist, und daß die Russen pro secundo bessere Christen sind, als alle sonstigen Christen der Welt, denn es wird hier gewiß Niemand einen Griff in eine fremde Tasche oder einen fremden Kasten thun, ohne sich vorher drei Mal zu bekreuzen und zu sagen: „Kospodii pomogii!“ (Herr hilf!), und ohne — wenn er geholfen hat — irgend einer Kirche ein entsprechendes Geschenk zu machen. Ja, es giebt fromme Leute, die, wenn sie einem Sterblichen ins Himmelreich verholfen haben (jeder Ermordete kommt ipso facto dahin, da alle seine Sünden auf das Konto des Mörders kommen), und sich die Arbeit gelohnt hat, dem lieben Herr Gott eine Kirche erbauen. Da gewiß im übrigen Europa kein Dieb und Mörder die Hilfe Gottes vor Begehen seines Verbrechens anruft; da ferner gewiß keiner mit der Kirche das angetraute Gut theilt, kann auch der Russe mit Stolz ausrufen: „Wir Russen sind doch bess're Menschen! Faul ist der ganze Westen, nur wir allein sind — fleißig!“

Rossuth's Memoiren.

Der alte Revolutionsmann Rossuth betrachtet sein politisches

Oesterreich.

Wien, 1. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam das Budget des Handelsministeriums auf die Tagesordnung, wobei das handelspolitische Verhältnis zu Deutschland in Diskussion kam. Der Handelsminister Baron Korb bekannte sich, ohne das Wort selbst zu gebrauchen, als Schutzzöllner. Oesterreich müsse von Deutschland bessere Bedingungen für den Austausch seiner Produkte erzielen, dazu sei es nötig, Kompensations-Objekte zu schaffen und zwar durch die Umgestaltung unserer Tarife gegenüber Deutschland. Wie die Dinge heute stünden, hätte Oesterreich eigentlich Deutschland keine Konzessionen zu bieten und darum fehle ihm das Mittel, von Deutschland welche zu erlangen. Von freihändlerischer Seite fand keine Theilnahme an der Debatte statt. Zum Sitzungsschluss gelangte eine Interpellation in Angelegenheit der jüngsten Sprachen-Verordnung, zur Verlesung. An der Spitze der Interpellanten steht Abgeordneter Wolfrum, ihm folgen die Namen fast sämtlicher Mitglieder der Verfassungspartei. Bemerkenswerth ist es, daß die an den Minister des Innern und an den Justizminister gerichtete Interpellation nur auf die für Böhmen erlassene Verordnung, nicht aber auch auf Mähren sich bezieht. Die Interpellation selbst lautet:

„Die Zeitungen veröffentlichen eine Verordnung des Ministers des Innern und der Justiz, wodurch für Böhmen der Gebrauch der Landessprachen im Verkehre der politischen, gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Behörden im Lande mit den Parteien und autonomen Organen geregelt wird. In Erwägung, daß die im Artikel 19, Abs. 2, des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. 142, den Staatsbürgern gewährleisteten Rechte im Falle ihrer Verletzung sowohl im behördlichen Instanzenzuge als auch vor dem Reichsgerichte geltend gemacht werden können; in Erwägung, daß, wenn die Erlassung allgemeiner, sämtliche Gebiete der Justiz und Administration umfassender Ausführungs-Bestimmungen zu Art. 19 des Staatsgrundgesetzes sich als nötig herausstellen sollte, diese im Hinblick auf die Bestimmungen des § 11 lit. d, k, l des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 nur im Gesetzgebungswege zulässig sind; in Erwägung, daß auch durch die dem Erlaß zu Grunde liegende Verwechselung der Begriffe Landessprache und landesübliche Sprache der Art. 19 des zitierten Staatsgrundgesetzes eine Auslegung erfährt, welche den Wortlaut desselben sowohl nach dem Sprachgebrauch, als auch nach der Bestimmung des § 13 der allgemeinen Gerichtsordnung, wie nicht minder im Sinne richtiger Erkenntnis widerstreitet; in Erwägung, daß diese Verordnung über die bisherige Uebung und das praktische Bedürfnis weit hinausgeht und in der Bevölkerung des großen geschlossenen deutschen Sprachgebietes Böhmens tiefgehende Beunruhigung hervorgerufen hat, stellen die Gefertigten die Anfragen:

1) Ist die erwähnte Verordnung thatsächlich ergangen? 2) Im bejahenden Falle, welche Gründe bestimmen die hohe Regierung zur Erlassung dieser Verordnung? 3) In welcher Weise glauben die Herren Minister des Innern und der Justiz die erwähnte Verordnung mit den Staatsgrundgesetzen in Einklang bringen zu können?“

Frankreich.

Paris, 30. April. Gestern theilte in der General-Versammlung des deutschen Wohltätigkeitsvereins der Vorsitzende, Geheime Legationsrath Reither mit, daß Baron Erlanger einen Bauplatz von 5000 Quadratmeter, welcher am Boulevard Michel Ange in Auteuil liegt und einen Werth von 200,000 Fr. besitzt, geschenkt habe, damit der deutsche Verein dort sein Hospital bauen könne. Der deutsche Verein besitzt bereits 600,000 Fr. zu diesem Zwecke, wovon Freiherr v. Diergardt 250,000 Fr. geschenkt hat. Die Versammlung forderte durch Applaus den Baron Erlanger auf, einen Ausschuß zu ernennen, welcher Vorschläge für den Bau des Hospitals machen soll.

Leben als abgeschlossen und fordert jetzt das endgiltige Urtheil der Mit- und Nachwelt durch die Veröffentlichung seiner Memoiren heraus. Für den Effekt des Buches ist vielleicht die Zeit seines Erscheinens nicht glücklich gewählt. Europa hat Kossuth heute schon vergessen und die Sorgen, die Fragen, welche seine Politiker bewegen, stehen in keinem Zusammenhange mehr mit dem Gouverneur des revoltirten Ungarns aus dem Jahre 1849, in keinem Zusammenhange mit dem, was er seit dem Tage von Vilagos plante und konspirirte. Die meisten seiner Freunde und Feinde sind ins Grab gesunken und kaum mehr als die pietätvolle Erinnerung an eine bewegte, wenn auch traurige Epoche der vaterländischen Geschichte wird Tausende von Magyarern nach dem Buche greifen und schließlich Gott danken lassen, daß es nicht so gekommen ist, wie es Kossuth wollte und glaubte.

Der vorliegende erste Band jener Memoiren enthält in 500 Seiten, welche meist mit Dokumenten und Briefen gefüllt sind, die Geschichte des Jahres 1859 und der für den lombardischen Feldzug Napoleon's geplanten Insurgirung der Ungarn. Einzelne Episoden aus dieser etwas langatmigen Erzählung sind, wenn auch theilweise schon bekannt, so doch von eminentem historischen Interesse und werfen leuchtende Schlaglichter auf Personen, welche nicht Episodisten wie eben Kossuth waren, sondern wirklich erste Rollen gespielt haben, wie Napoleon III., oder noch spielen wollen, wie Prinz Jérôme Napoleon, vulgo Plon-Plon. Die Idee, den Kriegserfolg der französisch-sardinischen Waffen durch eine Revolution in Ungarn zu sichern, soll nach Kossuth's Behauptung im Kopfe des Großfürsten Konstantin als Revanche für Oesterreich's Haltung im Krimkriege entsprungen sein. Sie wurde von Cavour mit Eifer und Geschick aufgenommen und Kossuth wurde unter dem Namen George Brown nach London geschickt, um sich wegen Vollzug des Planes mit den übrigen Emigranten ins Vernehmen zu setzen.

Kossuth wollte die Gelegenheit zur „Befreiung“ Ungarns benutzen, nur verlangte er Bürgschaften, daß zugleich mit Italien auch Ungarn emanzipirt werde. Selbstverständlich war es dem Reichsminister in den Tuileries nur um eine Diversion im Rücken der österreichischen Armee zu thun und der „große Patriot“ schämte sich nicht, die Revolution in dem Lande vorzubereiten, dessen Söhne um den Sieg gegen seinen Mörder kämpften und starben. Die Geschichte, wie Napoleon den „Patrioten“ aus-

[Der Radikalismus dießseits und jenseits des Kanals.] Der Ausfall der jüngsten Wahlen in England hat ein stetes Anwachsen der sogenannten Radikalen gezeigt und es ist natürlich, daß in Frankreich diese Thatsache von den dortigen radikalen Parteien auf das Lebhafteste begrüßt wird. Der alte Volkskrieger Louis Blanc feiert in der „Revue social“ diesen politischen Umschwung in England als den Vorboten einer großen sozialen Revolution.

Vor vier oder fünf Jahren sagte ich eines Tages im Laufe eines Gesprächs mit Herrn Charles Dilke über die Fortschritte der demokratischen Idee in England: „Ich wäre nicht sehr überrascht, wenn, ehe zehn Jahre um sind, das vereinigte Königreich der vereinigten Republik Großbritannien und Irland Platz gemacht hätte.“ „In zehn Jahren!“ rief der Abgeordnete von Chelsea. „Wenden Sie hin? Vergessen Sie doch nicht, daß wir im Unterhause erst etwa ein Duzend Republikaner sind!“ Das will nichts heißen, entgegnete ich. Zwei Jahre vor dem Sturze des zweiten Kaiserreichs hatte der gesetzgebende Körper auch nur — Olivier Schorath einbe-griffen — fünf Republikaner aufzuweisen. Glauben Sie mir, Sir Charles: Sie sind Ihrem 1789 oder 1793 näher, als wir es am Vorabend der Einberufung der Generalstaaten waren. Bei Ihnen wie bei uns wird die Agrarfrage die monarchische und fundale Gesellschaft zu Falle bringen; in England wie einst in Frankreich werden die Bauern in der Revolution die praktischste und wirksamste Rolle spielen. — Vier oder fünf Jahre sind seit dieser Unterredung verstrichen und schon jetzt steht Herr Gladstone die gefährliche Agrarfrage an die Spitze seines Programms, schon ist der Radikalismus stark genug aus den Wahlen hervorgegangen, um der Regierung einige Bedingungen diktiren und im Cabinet einen kleinen Platz erobern zu können. Schon tritt der Führer des republikanischen Gruppens von gestern, der Verfasser des antimonarchischen Pamphlets: „Florestan I., Fürst von Monaco“, ins Ministerium und nimmt von der wichtigsten Unterstaatssekretärsstelle Besitz. Gewiß, das ist nur ein erster Schritt, aber dieser erste Schritt ist von hoher Bedeutung und Niemand, Sir Charles Dilke am allerwenigsten, hätte vor zwei Monaten ein solches Ereigniß voraussehen können. Wie war die englische Aristokratie im Jahre 1874 nicht erstaunt, als sie zwei schlichte Handwerker, Macdonald und Burt, ins Parlament gelangen sah! Und man muß ihr die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie diese „Arbeiterkandidaturen“, welche gegenwärtig bei uns in Frankreich von den leitenden Klassen mit Geringschätzung, bösem Willen und Feindseligkeit behandelt werden, sehr gut aufnahm. 1880 ist der Fortschritt schon viel erheblicher. Die Trades Unions einerseits, die Republikaner andererseits und drittens noch die Freidenker haben in bemerkenswerthester Weise in die alte englische Gesellschaft Brezche gelegt. Man kann nicht mehr umhin, ihrer Existenz Rechnung zu tragen. Der politische, der soziale, der philosophische Radikalismus haben den letzten Wahlen ihren unauslöschlichen Stempel aufgedrückt.

Türkei.

Während die Pforte in ihrer Note an die Botschafter sich rühmt, allen Verpflichtungen, welche ihr die Konvention mit Montenegro auferlegt, gewissenhaft nachgekommen zu sein, und behauptet, daß wenn die Anzeige über die Räumung nur sieben Stunden vor der festgesetzten Zeit nach Podgoriza gelangte, dies von einem Mißverständnis und einer zufälligen Verspätung des von Scutari nach Podgoriza entsendeten Boten herrühre; produziert die montenegrinische Regierung den Beweis für das Gegentheil. Sie hat nämlich das Schreiben des Bali von Scutari, Fzet Pascha, den Vertretern der Großmächte in Cetinje mitgetheilt. In diesem, von einem Adjutanten des Bali an den Wojwoden Bukotics übergebenen Briefe heißt es wörtlich: „Ich kann Ihnen für die Befreiung des an Montenegro abgetretenen Gebietes nur sieben Stunden gewähren, da sonst ernste Gefahren für die Ordnung und die Ruhe in den betreffenden Bezirken resultiren könnten.“ Dadurch ist die zwischen Montenegro und der Türkei vereinbarte Konvention, welche den Montenegrinern einen Zeitraum von vierundzwanzig Stunden zur Befreiung der abgetretenen Striche einräumte, verletzt worden. Die montenegrinische Regierung verharret übrigens in ihrer

nüßt, um sich die Neutralität Englands zu sichern und um endlich die ungarische Insurrektion als Schreckbild in die Wag-schale zu werfen, die Geschichte bildet wohl den pikantesten und lehrreichsten Theil des ganzen Buches. Die Herren Klapka und Teleki hätten sich gern mit einer feinen Emeute begnügt, aber Napoleon brauchte Kossuth und Kossuth ließ sich — dupiren. Zur Ehre der ungarischen Nation sei es gesagt, daß 1859 auf den lombardischen Schlachtfeldern die ungarischen Regimenter ehrlich und tapfer ihre Soldatenpflicht erfüllten. Wir geben im Nachfolgenden die drei großen Hauptzügen dieser Intrigen-geschichte. Sie sprechen lebhaft genug und sparen dem Bericht-erstattet die Reflexionen, welche sich zwingend jedem Leser aufdrängen werden. Kossuth hatte das Terrain in London geprüft und war nach Paris gereist, um Napoleon's Pläne zu vernehmen.

I. Unterredung mit Prinz Napoleon, 5. Mai 1859.

Kossuth besuchte den Prinzen in Begleitung Teleki's und Klapka's in den Vormittagsstunden. Nach einigen einleitenden Worten sagte der Prinz, der Kaiser wünsche, daß Ungarn gelegentlich des bevorstehenden Krieges seine Selbstständigkeit zurückgewinne und dazu wolle er auch beihilflich sein. Der Prinz für seine Person sei auch gerne bereit, das Seine zur Sache zu thun.

Kossuth: Wir haben einen gemeinsamen Feind. Daß Ungarns Unabhängigkeitskampf wieder aufgenommen werde, liegt im Interesse des Kaisers selbst, denn wenn Oesterreich auch aus Italien verjagt wird, kehrt es bei günstiger Gelegenheit doch wieder dahin zurück, wenn nicht Ungarn gleichzeitig Herr seiner Geschichte geworden ist. Also Ungarns Theilnahme ist notwendig. Aber ich kann nur dann hoffen, mich mit dem Kaiser verständigen zu können, wenn in dessen Politik Ungarn als Zweck, als koordinirter Zweck und nicht als Mittel eine Rolle spielt.

Jérôme: Die Absicht des Kaisers ist, daß Ungarn ein unabhängiges Land werde. Eine andere Absicht hat er nicht. Er will das souveräne Recht Ungarns achten, selbst über sich zu bestimmen. Er wird in dessen innere Angelegenheiten sich nicht einmengen; er verlangt nur eines: man errichte keine Republik, sondern errichte eine konstitutionelle Monarchie.

Kossuth: Die konstitutionelle Monarchie stimmt mit den Wünschen meiner Nation ganz zusammen. Die ganze Vergangenheit Ungarns ist monarchisch. Ich selbst bin Republikaner, aber ich bin vor Allem ein Patriot. Ich kann die Forderung des Kaisers somit ohne jeden Rückhalt annehmen und darf hoffen, daß meine Nation dasselbe thun wird.

Besprechen wir deshalb das Praktikum. Monseigneur dürften aus meiner Vergangenheit wissen, daß ohne mich wohl Emeuten versucht werden können, aber auch nur versucht, daß aber ohne mich Ungarn

abwartenden Stellung und überläßt bis jetzt die Austragung des Konflikts der europäischen Diplomatie.

— Wie aus Ragusa gemeldet wird, hat die „albanesische Liga“ zur Bewaffnung der Bevölkerung des an Montenegro abzutretenden Gebietes sechstaufend Stück Hinterlader und achtaufend Stück Sabel- und Stichwaffen geliefert. Ali Bey forderte die Bevölkerung im gemeinsamen Gebiete auf, in Anbetracht eines wahr-scheinlichen Kampfes mit Montenegro alle ihre Heerden jenseits des Drin-Flusses zu bringen. Die Pforte hat bis zur Stunde der Kollektionsnote der Mächte noch nicht beantwortet, Montenegro aber hat erklärt, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen seinen Kommissär zur internationalen Delimitations-Kommission nicht entsenden könne. Die Kommission sollte schon am ersten Mai an die Arbeit gehen, bei den Zuständen aber, die auf jenem Gebiete herrschen, welche das eigentliche Arbeitsterrain der Kommission zu bilden hat, würden es wohl sämtliche Kommissäre abgelehnt haben, ihre Haut ohne Zweck und ohne Nutzen zu Markte zu tragen, und es hätte somit der Zusammentritt der Kommission unter allen Umständen hinausgeschoben werden müssen.

Bulgarien.

Der offiziöse Berichterstatter der wiener Abendpost schreibt aus Petersburg: „Der reiche Fürst Jussupow hat sich auf eine Einladung des Fürsten von Bulgarien nach Sofia begeben. Wie verlautet, handelt es sich um die Vermählung der ältern seiner beiden Töchter mit dem Fürsten Alexander. Die Jussupows sollen von Abu-Bekr und den Sultanen von Damaskus und Egypten abstammen. Sicher ist, daß der Ahnherr Jussup ein Murza war, welcher über die Nogai's herrschte und 1556 starb. Sein Urenkel Abdul Murza nahm das Christenthum und den Namen Fürst Dmitry Seiuschewitsch an; er starb 1694. Fürst Nikolai Borisowitsch, dessen Gemahlin eine Tochter des verstorbenen Ober-Kammerherrn Grafen Ribeaupierre ist, besitzt Güter in 15 oder 16 Provinzen und ist der reichste Mann in Rußland. Er soll 2½ Millionen Rubel Einkünfte haben.“ Von anderer Seite wird gemeldet, daß der Fürst von Bulgarien sich noch im Laufe des Sommers abermals nach Petersburg begeben werde, um dort die Heirathsangelegenheit in Ordnung zu bringen.

Großbritannien und Irland.

[Ueber die voraussichtliche Aktion der englischen Regierung] erhält der „Pester Lloyd“ von angeblich besonders gut unterrichteter Seite folgende Mittheilung: „Die Absicht der Leiter der neuen Regierung geht dahin, so rasch und wirksam als möglich eine Verständigung mit den Mächten in Angelegenheit der orientalischen Frage zu versuchen. Die Grundlage dieser Verständigung wäre das Recht der Nationalitäten der Türkei auf Selbstregierung, und die zu treffenden Bestimmungen sollten sich so weit als möglich innerhalb der durch den Berliner Kongreß festgestellten Bestimmungen bewegen. Ein erster Versuch wird dahin gehen, die Pforte zu bewegen, nicht daß sie sich reformire, sondern daß sie sich transformire und daß sie unter der Aufsicht einer internationalen Kommission selbst die durch den Berliner Vertrag vorgegebenen Reformen durchführe. Sollte die Pforte auf ihrer alten Politik verharren, wird England die europäischen Mächte zu einer Konferenz einladen, welche Maßregeln zur Sicherung des Friedens ergreifen soll. Maßregeln zur See, und wenn nötig, auch militärische Aktionen in Konstantinopel und überall, wo sich die Nothwendigkeit ergeben sollte. Sollte eine Verständigung mit allen Mächten nicht möglich sein, will die Regierung versuchen, eine Kombination der ihren Anschauungen günstigen Mächte herzustellen und ihren Anschauungen auch mit Gewalt Geltung zu verschaffen.“

Wenn das Alles wahr wäre, so trügen die englischen Libe-

zu einer kräftigen Revolution nicht gebracht wird. Diese Thatsache birbt mir große Pflichten auf. Wenn irgend wer, darf ich nicht mit dem Blute und der Zukunft meiner Nation spielen. Ohne Zweck darf ich mein Volk in keine Revolution verwickeln. Ich muß demselben sagen können: Da ist die glückliche Lage, da sind die Chancen für die Unabhängigkeit, nun hängt Alles nur noch von Dir selbst ab. Wir müssen wissen, daß im Falle des Sieges kein Friede betreffs Italiens geschlossen wird, ohne Ungarns Unabhängigkeit. Diese Zusicherung ist für uns eine conditio sine qua non, und nur wenn sie erfüllt wird, kann Ungarn am Kampfe theilnehmen.

Jérôme: Welches sind denn die geforderten Garantien? Kossuth: 1. Die Entfaltung der französischen Fahnen in Ungarn in Begleitung einer solchen Truppenmacht, als der Kaiser zur Sicherung der Ehre dieser Fahne für nothwendig hält.

2. Eine Proklamation im Namen des Kaisers, besagend, daß dieser als Freund und Bundesgenosse nach Ungarn Truppen schickt zu dem Zwecke, den 1849er Unabhängigkeitskampf fortzusetzen. Das, Monseigneur, sind die nothwendigen Garantien. Dagegen kann ich versichern, daß, wenn unsere Nation zu den Waffen gerufen wird, sie die kaiserlich französische Armee mit einigen Hunderttausenden unterstützen kann, hinter denen eine ganze Nation steht.

Noch Eins, Monseigneur! Wir würden in unserer begleitenden Proklamation bekanntgeben, daß bis zur späteren Regelung ein Ausschluß vorläufig Desjenigen, den die Nation in der Zeit der Unabhängigkeits-Erklärung zu ihrem Gouverneur ernannte, die Angelegenheiten des Landes leiten wird. Dies wäre gut, auch in der kaiserlichen Proklamation zu erwähnen.

Jérôme: Vorausgesetzt, daß die Propositionen angenommen werden, halte ich dies auch für sehr zweckmäßig. Ich glaube aber zu wissen, daß der Kaiser die großen Ausschüsse nicht liebt. Vielleicht drei (1) Mitglieder? Haben Sie noch andere Wünsche?

Kossuth: Es würde uns zur großen Beruhigung dienen, zu wissen, daß wir sonst keine äußere Intervention zu befürchten hätten.

Jérôme: Ich glaube nicht. Gewiß keine russische Intervention. Dafür ist gesorgt. Das kann ich positiv sagen. Wenn der Kaiser geneigt sein wird, sich Ihren Ansichten anzuschließen, wird er wohl wünschen, mit Ihnen zu sprechen; vielleicht noch heute Abends. Wo sind Sie zu treffen?

Kossuth: Bei Oberst Riaz, Rue St. Dominique. Dort werde ich die Befehle Eurer Hoheit erwarten.

Um 11 Uhr Nachts kam der Prinz in der That und fuhr mit Kossuth in die Tuileries. Der Kaiser kam Kossuth bis zur Thür seines Arbeitskabinetts entgegen, reichte ihm die Hand, drückte sie herzlich und begrüßte den Gast mit dem üblichen: charmé de faire votre connaissance. Der Kaiser, der Prinz und Kossuth traten ein, und unter dem Dreien begann eine Unterredung, die zwei Stunden dauerte.

(Fortsetzung folgt.)

ralen eine größere Thatsache zur Schau, als man ihnen wirklich zuschreiben kann. Die englische Regierung wird für militärisches Vorgehen gegen die Pforte schwerlich eine Mehrheit im Parlament haben; denn abgesehen von dem geschlossenen Widerstande der Konservativen gegen solche Politik, finden in der liberalen Partei sich der Männer des Friedens um jeden Preis genug, um ein kriegerisches Auftreten zu vereiteln.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

7 Berlin, 3. Mai, Abends 7 Uhr.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ dementirt das von der Fortschrittspresse kolportirte Gerücht von dem bald bevorstehenden Rücktritt Bismarcks; der Reichskanzler habe in der durch seinen Gesundheitszustand auferlegten Zurückhaltung die Veranlassung gefunden, sich seinem ministeriellen Berufsgeheimnisse in den auswärtigen und innern Angelegenheiten anhaltender zu widmen, als ihm zu anderen Zeiten wegen Betheiligung an den parlamentarischen Arbeiten möglich gewesen, er habe selbst erklärt, daß er täglich größeres Interesse und größere Arbeitslust für die ministeriellen Geschäfte gewinne, und seine sonstige Neigung, jede Gelegenheit zum Landaufenthalt zu benutzen, sei vor dem gesteigerten Interesse an der dienstlichen Thätigkeit in den Hintergrund getreten.

Locales und Provinzielles.

Posen, 3. Mai.

r. Die Prüfung für Mittelschullehrer und Direktoren fand hier auf der königl. Regierung unter Vorsitz des Provinzial-Schulraths Volke in der vergangenen Woche statt. Es hatten sich zu derselben im Ganzen vier Kandidaten gemeldet, von denen einer die Mittelschullehrer-Prüfung, ein anderer die Direktoren-Prüfung bestand.

r. Im Posener Lokalverein für das Mädchenschulwesen zeigte am 29. v. M. der Mittelschullehrer Kupke, wie in einer Unterrichtsstunde für Chemie in der oberen Mädchenklasse zu verfahren sei. Es schloß sich diese Ausführung an einen von ihm früher im Verein gehaltenen Vortrag über den naturwissenschaftlichen Unterricht in der höhern Mädchenschule an. — Der Provinzialverein für das Mädchenschulwesen wird im Juni d. J. seine Generalversammlung abhalten. Als Themata für die Verhandlungen sind festgesetzt: 1) eine Musterung unserer deutschen Leibesübungen, 2) Vorführung der Barth'schen und Köster'schen Rechenmaschine. Die Referate haben Herr Rektor Gerike und die Lehrerin Fräulein Zuckertort übernommen.

— Der Schmuggel von Gebetbüchern nach Litthauen. Im Jahre 1863 verbot Murawiew litthauische Bücher mit lateinischen Lettern zu drucken und ordnete an, daß sie von nun an lediglich mit russischen Typen gedruckt werden sollten. Der wilnaer Buchdrucker Syrlin richtete sich hierauf ein, steckte ein bedeutendes Kapital in russische Typen und druckte Unmengen litthauischer Bücher, namentlich Gebetbücher mit solchen. Bücher und Typen liegen bis heute noch vorrätig, da Syrlin auch nicht ein einziges litthauisches Buch dieser Art verkauft hat. Vor zwei Jahren wurde es der alten Verlagsfirma Zawadzki in Wilna gestattet, ein litthauisches Gebetbuch mit lateinischen Lettern zu drucken und wenige Tage nach Herausgabe des Buches war die ganze über zehn Tausend Exemplare betragende Auflage vergriffen. Zawadzki druckte sofort eine zweite Auflage (man sagt gegen dreißig Tausend Exemplare), doch wurde ihm, trotzdem er bereits seit einem Jahre um die Erlaubnis zum Verkaufe nachgesucht hat, der Erlaubnis nicht ausgetheilt und die Bücher liegen im Magazin. Die Litthauer kommen aber trotzdem nicht zu Syrlin nach Gebetbüchern, sondern verschaffen sich dieselben im Wege der Kontrebande aus Preußen, wo sie mit lateinischen Lettern gedruckt werden; es hat sich an der Grenze eine Kategorie von Schmugglern gebildet, die lediglich litthauische Gebetbücher über die Grenze schaffen. Sicher ist, daß der bigotte Litthauer, d. h. der echte Samogitier (Zmudzyn) kein mit russischen Hieroglyphen gedrucktes Gebetbuch in die Hand nehmen wird, aus purer Furcht, hierdurch zur orthodoxen Häresie verleitet zu werden; er würde das Verühren eines solchen Buches für die größte Sünde halten. Daß das Murawiew'sche Verbot den litthauer und meiste Buchhändler sehr zu flatten kommt, ist selbstverständlich.

— Trauriges Ende eines Deportirten. Großes Aufsehen hat in den letzten Tagen in Proskurov (Gouvernement Volhynien) ein Vorfall erregt, der sich bei einem Transport von Verurtheilten ereignete. In der Mitte des nach Sibirien bestimmten Zuges von Gefangenen ging ein polodolischer Edelmann polnischer Nationalität, dem Vernehmen nach Staatsverbrecher, mit seinem zehnjährigen Knaben, den er, da die Mutter nicht mehr lebt, bei sich besser aufgehoben glaubte, als in Kamieniec als hilflose Waise. Unterwegs wurde der arme Junge schwach. Der Vater verlangte von dem Kommandanten des Konvois einen Vorspannwagen für seinen Sohn. Der Soldat verweigerte dies seiner Instruktion gemäß. Der Pole ließ sich zu einigen unbedachtamen Worten hinreißen, und als die Eskorte ihn mit Kolbenstößen wieder an seinen Platz bringen wollte, machte er den Versuch, einem Soldaten sein Gewehr zu entreißen. Zwei andere Soldaten legten sofort an und mit durchdringender Brust sank der Pole zu Boden. Das Jammern des unglücklichen Kindes war herzbrechend. Die Leiche wurde im nächsten Städtchen dem Polizei-Prisam übergeben.

— Zur Auslieferung russischer Ueberläufer. Dieser Tage wurden drei russische Ueberläufer, welche in Bromberg wegen Unflugs verhaftet waren, zuerst zur Auslieferung an Rußland bestimmt. Dann aber wurde diese Anordnung dahin geändert, daß die Deserteure ins Ausland gehen durften. Sie haben von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht und sich nach England begeben. Es scheint also eine mildere Praxis eingetreten zu sein.

r. Der Männerturnverein Vorwärts feiert am 23. d. M. in Marco's Garten zu Schwereisen sein erstes diesjähriges Sommerfest. Nachmittags 2 Uhr fahren die Turner und sonstigen Festgenossen auf geschmückten Erntewagen vom Grünen Platz durch die Große Gerberstraße über die Wallischei, und treffen in Schwereisen ca. 3½ Uhr ein. Nach dem Konzerte, welches von einer hiesigen Militärkapelle ausgeführt wird, beginnt um 5½ Uhr das Schauturnen, zu dessen Schluß einige Mitglieder als „lustige Klowns“ auftreten. 8 Uhr Abends findet eine theatrale Aufführung statt, an welche sich ein Tanztränchen schließt, dessen Zwischenpausen mit komischen Vorträgen ausgefüllt werden. Gäste ist die Mitfahrt und Betheiligung am Feste gegen Erlegung eines Beitrages von 1 M. 25 Pf. gestattet; das Eintrittsgeld für den Marco'schen Garten, welcher während des Festes nur für die Mitglieder des Vereins und dessen Gäste geöffnet ist, beträgt 50 Pf. pro Person.

r. Der Vorstand des Vereins zur Prämierung treuer weiblicher Dienstboten hielt am 24. d. M., Nachmittags 5 Uhr, in dem zu diesem Zwecke freundlichst bewilligten Magistrats-Sitzungsloale eine Sitzung ab, welcher zum ersten Male auch mehrere Damen, durch die sich der Vorstand verstärkt hatte, bewohnten. Es hatte nämlich in der Generalversammlung am 25. März d. J. der Vorstand in der Vorbesprechung, daß es für den Verein gewiß förderlich sein würde, wenn sich auch Damen an der Arbeit des Vorstandes betheiligten, den An-

trag gestellt, daß ihm gestattet werde, sich durch 10 einflußreiche, angesehene Damen zu verstärken, und war dieser Antrag von der Versammlung auch angenommen worden. In Folge dessen hatte sich eine aus drei Vorstands-Mitgliedern bestehende Deputation am 3. und 4. d. M. zu nachstehenden 10, in einer besonderen Vorstandssitzung ausgewählten Damen begeben, welche sich auch sofort bereit erklärten, in den Vorstand als Mitglieder einzutreten, nämlich: Frau Oberpräsident Günther, Frau Oberpostdirektor Clavel, Frau Kommerzienrath E. Jasse, Frau Ober-Landesgerichts-Präsidentin Bahndorff, Frau Provinzial-Schulrath Volke, Frau Bürgermeister Herse, Frau Ober-Stabsarzt Schönleben, Frau Auktionskommissarius Manheimer, Frau Rektor Zientkiewicz, Fräulein Strödel. Diese neu eingetretenen Vorstands-Mitglieder wurden in der Vorstandssitzung am 24. d. M. von dem Vorstehenden, Professor Dr. Tiesler, mit einer Ansprache begrüßt, in welcher derselbe in kurzen Zügen die Entstehung und die weitere Entwicklung des Vereins schilderte. Alsdann trat der Vorstand in eine Beratung über die geeigneten Mittel, um den gegenwärtig nur aus 240 Mitgliedern bestehenden Verein nicht nur in seinem Fortbestande durch Erhöhung der Mitgliederzahl zu sichern, sondern denselben auch eine weitere Ausdehnung zu geben. Unter Anderem wurde ein vom Landgerichtsrath Czwalina gestellter und vom Oberlehrer Dr. Laves amendirter Antrag einstimmig angenommen, nach welchem künftig neu hier in Posen anziehenden Beamten und Bürgern, wenn sie ein gutes Dienstmädchen bereits längere Zeit im Dienste haben und dem Vereine beizutreten wünschen, die Nachzahlung der früheren Jahresbeiträge gestattet werden kann, damit einerseits der im Statut ausdrücklich geforderten dreijährigen Mitgliedschaft Genüge geleistet, andererseits die Berücksichtigung des betr. Dienstmädchens bei der nächsten Prämierung ermöglicht werde. Dieser Vorschlag soll der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Auch beschäftigte sich der Vorstand mit der Frage, wie alten, treuen, arbeitsunfähig gewordenen Dienstboten eine, wenn auch nur kleine, aber dauernde Unterstützung gewährt und dieselben dadurch vor Noth und Elend bewahrt werden könnten; doch gelangte man bald zu der Ueberzeugung, daß bei den beschränkten, bisweilen kaum zur Prämierung ausreichenden Mitteln des Vereins an die Ausführung eines solchen Planes vorläufig nicht gedacht werden könne.

— Frau Modrzewska ist am 2. Mai zum ersten Mal auf einer Londoner Bühne aufgetreten und soll, wie den hiesigen polnischen Blättern telegraphisch gemeldet wird, einen glänzenden Erfolg errungen haben. Unter den Zuschauern befand sich auch der Prinz von Wales. Die polnische Künstlerin ist bekanntlich des Englischen vollkommen mächtig.

r. Unterschlagung. Ein Bäckerlehrling war von seinem Meister auf der Judenstraße Sonntag Vormittag beauftragt worden, ausstehende Beträge für Backwaaren bei verschiedenen Kunden einzuziehen. Der Lehrling lieferte aber die eingezogenen Beträge in Höhe von ca. 60 M. nicht an den Meister ab, sondern fuhr mit der Eisenbahn nach Berlin. Aber der Telegraph arbeitet rascher als der Dampf, und als der Lehrling Abends in Berlin ankam, wurde er zu seinem Erstaunen auf dem Bahnhofe sofort von einem Schutzmann gefaßt und in Haft gebracht. Von den 60 Mark fanden sich bei ihm noch ca. 50 M. vor.

— Schachkongreß und Schachturnier in Bromberg. Nachdem die Schachvereine des ostdeutschen Schachbundes ihre Zustimmung zur Abhaltung des 3. ostdeutschen Schach-Kongresses in Bromberg gegeben haben, ist für denselben das Programm erschienen, welchem wir Folgendes entnehmen: Der Kongreß findet in den Tagen vom 8. bis 12. Juli in dem vom Zivil-Kasino in Bromberg freundlichst dazu bewilligten Gesellschaftshause, Gammstraße Nr. 1, statt. Ge spielt werden 4 Turniere, ein Hauptturnier, zwei Nebenturniere und ein Lösungsturnier. Für jedes der drei ersten Turniere sind je nach der Stärke der Betheiligung zwei bis drei Preise, für das Lösungsturnier ein Preis ausgesetzt. Wenn die Preise auch nicht an die in großen internationalen Kongressen bewilligten heranreichen, so sind sie doch hoffentlich verlockend genug, um zahlreiche Schachgenossen auf dem Kampfplatze erscheinen zu lassen. Als ersten Preis im Hauptturnier ist ein Werthgegenstand in Höhe von 120—150 Mk. in Aussicht genommen. Das Komite hat sich bei Aufstellung des Programms bemüht, den Teilnehmern durch mannigfache Erholungen die Anstrengungen am Brett erträglich zu machen. Nur die Vormittage sind für die Kämpfe bestimmt, während die Nachmittage den in Aussicht genommenen Vergnügungen gewidmet sind. Unter letzteren ist der Besuch der Gewerbe-Ausstellung, ein Spaziergang nach der fünften Schleuse, eine Dampferfahrt nach Ostromecko u. A. projektiert. Durch Zahlung eines Beitrages von 5 Mk. kann jeder Schachfreund, auch wenn er das Spiel nicht praktisch übt, Mitglied des ostdeutschen Schachbundes werden. Als solches hat er das Recht zur Teilnahme an sämtlichen Vergnügungen des Kongresses. Mitgliedsarten sind bei Herrn Uhrmacher Tschatsch in Bromberg Theaterplatz, zu haben.

Bromberg, 1. Mai. [Zur Provinzial-Gewerbe-Ausstellung. Landwirtschaftliche Ausstellung.] Um die nachgerade sehr dringend gewordenen Arbeiten zur Fertigstellung der Gewerbe-Ausstellung möglichst vor Störungen durch das Publikum zu bewahren, ist von jetzt ab die Anordnung getroffen worden, daß nur Aussteller und die dort beschäftigten Arbeiter und Beamten zum Ausstellungsspiel zugelassen werden. Das sonstige Publikum wird also wohl thun, nicht erst den Versuch zum Eintritt zu machen, damit es sich die unumgängliche Abweisung erspare. — Die Bahn bringt jetzt schon täglich eine Menge Ausstellungsgüter heran; so sind jetzt namentlich ein paar Waggons eingetroffen, welche die zur Ausschmückung und Füllung des Krzyzanowski'schen Bauwerks dienenden Kunststeine und sonstigen Figuren enthalten. Letztere werden der Ausstellung zur besonderen Zierde gereichen. — Auf dem Gezeirerplatze an der Dänziger Chaussee, welcher von heute ab für die landwirthschaftliche Provinzial-Ausstellung zur Verfügung gestellt ist, hat heute bereits die Aufstellung der nötigen Baulichkeiten durch den Unternehmer Zimmermeister Moegelin aus Posen, welcher schon vor 14 Tagen mit 36 Zimmergehilfen aus Posen hier eingetroffen ist, begonnen. Der Verband der Baulichkeiten, ca. 4000 Rbm., ging so schnell vor sich, daß derselbe schon vor einigen Tagen beendet war. (Brb. Ztg.)

□ Treueffekt. 1. Mai. [Abschiedsfeier.] Donnerstag, den 22. d. Mts. feierte der akademische Klub den Abschied des Restors seiner Mitglieder, des Herrn Kreisgerichtsraths Wagner, durch ein Abendessen. Herr Kreisgerichtsrath Wagner, der vor 5 Jahren bereits sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert hat und 30 Jahre lang an hiesigem Orte in seinem Amt thätig gewesen ist, ist am 1. Oktober v. J. zur Disposition gestellt worden und gebt nunmehr seinen bisherigen Wirkungskreis zu verlassen und zu seinem in Wargowitz ebenfalls als Richter fungirenden Sohne überzusiedeln. Er hat nicht bloß im öffentlichen Leben während seiner langen Amtsthätigkeit durch sein immer gefälliges und freundliches Wesen sich stets die größte Achtung und Liebe aller derer, die mit ihm in Berührung kamen, zu verschaffen gewußt, auch im geistlichen Verkehr gewann er durch seine trotz des hohen Alters von 83 Jahren ihm noch gebliebene Jugendfrische und seinen steten Humor die Herzen aller. Möge dem würdigen Greise in seinem neuen Heim ein recht schöner Lebensabend werden.

S. Samter, 1. Mai. [Landwirthschaftliche Schule. Thierschau.] Nachdem die Väter unserer Stadt keine Opfer gescheut und bewirkt haben, daß die landwirthschaftliche Schule von Frankfurt hierher verlegt wurde, ist dieselbe am 7. v. M. mit 69 Schülern eröffnet worden und hoffentlich wird die Schülerzahl im Laufe der Zeit bedeutend zunehmen und die Voraussetzung in Erfüllung gehen, daß unsere Stadt vermöge ihrer Lage und sonstigen Verhältnisse ein gedeihlicher Boden für diese Anstalt sein wird, als Frankfurt. Ein Drittel der Schüler kam von Frankfurt mit herüber, etwa 30 Schüler hat Samter gestellt und der Rest ist aus verschiedenen

Begenden unserer Provinz zugezogen. Die Herren Lehrer haben sich bereits in die hiesigen Verhältnisse hineingelebt und gefallen sich hier recht gut, zumal man ihnen von allen Seiten und in jeder Beziehung mit der größten Freundlichkeit entgegenkommt. — Der landwirthschaftliche Verein für die Kreise Samter und Buk wird am 15. Mai hierseits eine Stuten-, Fohlen- und Rindviehschau veranstalten. Zur Prämierung werden nur Zuchttuten, Zuchtfohlen und Rindvieh im Besitz kleinerer Grundbesitzer des Kreises Samter zugelassen. Die Prämierungen sollen nach folgenden Sätzen gewährt werden: A. Zuchttuten und Zuchtfohlen: 1) für ein- und zweijährige Stutfohlen. 2) für drei- und vierjährige bedeckte Stuten, 3) für vierjährige und ältere Stuten mit Fohlen und wieder gedeckt. Die Prämien werden in Freibeckschnein mnd in baarem Gelde von 25 bis 150 M. bestehen. B. Rindvieh: 1) für Bullen nicht unter 1½ und nicht über 3 Jahr alt, 2) für Fersen und Kühe nicht über 6 Jahre alt, 3) für Zugochsen nicht über 5 Jahre alt. Die Thiere müssen über 6 Monat im Besitz des Ausstellers sein; Zugochsen werden nur prämiert, wenn sie im Kreise gestühtet worden sind. Die Prämien bestehen in baarem Gelde von 30—100 M.

u. Rawitsch, 2. Mai. [Auszeichnung. Kirchliches. Großer Unfug. Zur bromberger Gewerbe-Ausstellung.] Wie seiner Zeit berichtet, haben die städtischen Behörden einstimmig beschlossen, dem Beigeordneten Gliemann, welcher in uneigennütziger Weise 20 Jahre als Magistratsmitglied thätig ist, das Prädikat „Stadthalter“ zu verleihen. Vergangenen Sonntag erfolgte die Ueberreichung des betreffenden Diploms, welches bei Spiegel in Breslau zu dem Preise von 100 Mark angefertigt worden ist. — In der letzten Sitzung der kirchlichen Gemeinde-Vertreter wurden folgende Herren als Deputierte für die Kreis-Synode gewählt: Stadthalter Gliemann, Bürgermeister Weißig, Landrath Graf Posadowsky, Stadtrath Baum und Seminarlehrer Marschall. Aus den 10 Bewerbern um die hiesige zweite Pfarrstelle sind 6 ausgewählt worden, welche zur Abhaltung von Probepredigten aufgefordert werden sollen. Die erste dieser Predigten wird am Sonntage Trinitatis gehalten werden. — In der Nacht vom 22. zum 23. und vom 25. zum 26. v. Mts. sind auf dem katholischen Kirchhofe und auf der Promenade grobe Beschädigungen von Denkmälern resp. jungen Bäumen ausgeübt worden. Die Thäter des Unfugs auf dem Kirchhofe sind bereits ermittelt worden. Für die Ermittlung der letzteren ist eine Belohnung von 50 Mk. ausgesetzt worden. — An der bromberger Provinzial-Ausstellung wird sich auch die hiesige Firma M. S. Brann u. Comp. betheiligen. Sie hat zu diesem Zwecke eine Zusammenstellung ihrer Erzeugnisse, bestehend in gezeichneten Koffhaaren, Gurten, Filz-Tellern etc., durch Herrn Dekorateur Dörfel in höchst geschmackvoller Weise in Form von drei großen Säulen aufstellen lassen. Das Arrangement macht in jeder Weise einen guten und übersichtlichen Eindruck, der im Ausstellungsraume noch mehr gewinnen wird.

Eisenbahn-Konferenz der Oberschlesischen Bahn mit Vertretern von wirthschaftlichen Korporationen.

Die Tagesordnung für die auf den 8. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, im Verwaltungsgebäude der Oberschlesischen Eisenbahn anberaumte Konferenz der königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn mit Vertretern von wirthschaftlichen Korporationen ist laut der „Bromb. Ztg.“ folgende:

Geschäftsordnungs-Angelegenheiten. Wahl des engeren Ausschusses der wirthschaftlichen Korporationen für das Jahr 1880 in Gemäßheit des § 2 der am 25. März 1879 festgestellten Geschäftsordnung für die Konferenzen mit den wirthschaftlichen Korporationen.

Personenverkehrs-Angelegenheiten. Erörterung der Frage, ob, bzw. für welche Verkehrsrelationen ein Bedürfnis vorliegt, die Gültigkeitsdauer der Retourbillets in der Weise auszudehnen, daß bei Entfernungen von mehr als 200 Km. = 3 Tage, von mehr als 300 Kb. = 4 Tage, von mehr als 450 Km. = 6 Tage, von mehr als 600 = 8 Tage Gültigkeitsdauer gewährt wird. Motive. Im Interesse der Hebung des Verkehrs zwischen den wichtigeren Plätzen des Landes von kommerzieller oder politischer Bedeutung unter einander und mit Berlin hat der Minister angeregt, die in Frage gekommene Verkehrserleichterung auf den preussischen Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen ins Leben zu rufen, insoweit ein Bedürfnis hierzu vorhanden sein sollte.

Antrag der Handelskammer in Breslau. Die königl. Direktion wolle darauf hinwirken, daß Breslau bei Einrichtung von Rundreiserouten den größeren mittel- und süddeutschen Plätzen gleichgestellt werde. Motive. Ein Blick in das Verzeichniß der von deutschen Bahnen ausgehenden Rundreisebillets lehrt, daß Breslau in dieser Beziehung vernachlässigt ist. Man kann hierorts keine Rundreisebillets nach dem Rhein, der Schweiz, Oberbayern, dem Salzammergut etc. lösen. Mit Rücksicht auf den bedeutenden Fremdenverkehr und auf die Volkszahl der Stadt Breslau wird es für angemessen gehalten, daß dieser Mangel ausgeglichen werde.

Güterverkehrs-Angelegenheiten. Antrag des ober-schlesischen Kohlenausfuhr-Komitees in Kattowitz. Um in dem nächsten Winter nicht einen ähnlichen Mangel an Kohlenwagen eintreten zu lassen, wie er in dem vergangenen Winter durch Monate hindurch geherricht hat, wolle die königliche Direktion a) mit den betheiligten Nachbarbahnen, wenn thunlich, schon jetzt wegen leihweiser Ueberlassung der in den Wintermonaten für den ober-schlesischen Steintohlenversand nöthigen Eisenbahnwagen Vereinbarungen treffen, wodurch insbesondere auch verhindert werde, daß zur Zeit des lebhaftesten Kohlenverkehrs Eisenbahnwagen der östlichen Bahnen an die westlichen Bahnen von Rheinland und Westfalen abgegeben und dem ober-schlesischen Abgabebiet entzogen werden; b. so weit als irgend thunlich ihren Steintohlenbedarf für die Wintermonate schon jetzt, bzw. im nächsten Sommer decken und anfahren, damit die dazu nöthigen Wagen zur Zeit des Winters dem Verkehr nicht entzogen werden; c. die geeigneten Schritte thun, daß auch bei den Nachbarbahnen in gleicher Weise verfahren werde; d. auf die sofortige Beschaffung von 800 Kohlenwagen à 200 Zentner Tragfähigkeit hinwirken, da der vorhandene Park an Kohlenwagen nicht ausreicht, um die Förderung des vergangenen Winters fortzuschaffen, und ferner für den nächsten Winter auf eine mindestens 5 Prozent betragende Steigerung der ober-schlesischen Steintohlenförderung zu rechnen ist.

Antrag des ober-schlesischen Kohlenausfuhr-Komitees in Kattowitz. Die königliche Direktion wolle gestatten, daß Kohlenladungen nach Stationen der Ostbahn und der Berlin-Stettiner Eisenbahn in Wagen der ober-schlesischen Eisenbahn erfolgen können, wenn Wagen jener Bahnen auf den ober-schlesischen Stationen nicht vorhanden sind, bzw. nach stattgehabter Requisition in 12 Stunden nicht beige stellt werden.

Antrag des Vorstandes des landwirthschaftlichen Vereins der Kreise Kosten-Fraustadt-Kröben. Die königl. Direktion der ober-schlesischen Eisenbahn wolle genehmigen, daß für diejenigen Empfänger von Wagenladungen, welche drei oder mehr Meilen von den Bahnhöfen entfernt wohnen, die Entladungssfrist der Waggons von 12 Stunden auf 24 Stunden erweitert werde. Motive. Bei einer Entfernung von drei oder mehr Meilen Landweg trifft das Avis meist erst nach 6 Stunden am Wohnorte des Empfängers ein und ist dieser häufig außer Stande, sofort Fuhrwerk zu beschaffen, um noch an demselben Tage die Güter abnehmen zu lassen.

Tarif-Angelegenheiten. Antrag der Handelskammer in Breslau. Die königliche Direktion wolle kompetenten Orts befürworten, daß für den Fall von Tarifierhöhungen in den Wagenladungsklassen die ge-eichliche bestehende Publikationsfrist vor-

sechs Wochen auf drei Monate verlängert und diese Frist von dem Tage an gerechnet werde, wo die speziellen Tariffätze dem Publikum zugänglich geworden sind. Motive. Die Kaufleute und Gewerbetreibenden sind genötigt, bei Abschlüssen auf spätere Lieferung mit Frachtbeträgen zu rechnen, welche sich oft im Voraus nicht richtig übersehen lassen. Namentlich im Hinblick auf den langsamen Gang des modernen Submissionsverfahrens erscheint eine Publikationsfrist von sechs Wochen für Tarifierhebungen als zu kurz bemessen. Bei der gebräuchlichen summarischen Ankündigung neuer Tarife als solche, welche theils Erhöhungen, theils Ermäßigungen enthalten, ist der Interessent nicht im Stande, zu ermessen, ob und inwieweit er von den bevorstehenden Erhöhungen betroffen wird. Mithin wäre es billig, die Publikationsfrist von dem Tage an zu rechnen, wo der betreffende neue Tarif in der Güter-Exposition zu haben ist.

Antrag des ober-schlesischen berg- und hütten-männischen Vereins in Königsberg. Antrag auf Ermäßigung der Frachten für Waizen und Eisenbleche von den Stationen des ober-schlesischen Industriebezirks nach Berlin, Leipzig und Dresden (überhaupt nach Sachsen) auf den Satz von 1 Pfennig pro Zollentner und Meile. Motive. Die überwiegende Konkurrenz anderer Produktionsgebiete an den genannten Plätzen, welche, theils durch Wasserstraßen, theils durch kürzere Entfernungen begünstigt, die ober-schlesischen Produkte in Waizen und Blechen zurückdrängt.

Antrag der Handelskammer in Breslau. In eine Befreiung darüber einzutreten, ob es thunlich sei, die mittelfst Ausnahmetarif für Spirit und Spiritus der Station Breslau bewilligten ermäßigten Frachten nach süddeutschen Stationen für die Station Münsterberg rückwirkend zu machen. Motive. Der Verbandstarif der königlich bairischen und königlich württembergischen Staatseisenbahn einerseits und der ober-schlesischen, Rechte Oberufer-Bahn u. andererseits d. d. 1. Mai 1878 enthält ganz gleiche Frachtsätze für Güter der allgemeinen Wagenladungs-Klasse B bei Sendungen von den Stationen Breslau und Münsterberg nach den süddeutschen Verbandsstationen. Außer diesen Frachtsätzen existieren aber noch Ausnahmetarife für Spirit und Spiritus bei Aufgabe von 10,000 Kilogramm, jedoch nur bei Sendungen von Breslau nach den süddeutschen Verbandsstationen.

Die Verabreichung über die Tarifreform resp. Einführung einer zweiten ermäßigten Stückgutklasse ist wegen der beabsichtigten amtlichen Veröffentlichung der darüber gepflogenen Verhandlungen ausgesetzt und soll in einer späteren Spezialkonferenz geschehen.

Feld- und Forstpolizeigesetz.

Vom 1. April 1880.

(Fortsetzung.)

§ 78.

Die gepfändeten Thiere haften für den entstandenen Schaden oder die Ersatzgelder und für alle durch die Pfändung und die Schadensfeststellung verursachten Kosten.

Die gepfändeten Thiere müssen sofort freigegeben werden, wenn bei dem zuständigen Gemeinde- oder Gutsvorstande ein Geldbetrag oder ein anderer Pfandgegenstand hinterlegt wird, welcher den Forderungen des Beschädigten entspricht.

§ 79.

Die Kosten für die Einstellung, Wartung und Fütterung der gepfändeten Thiere werden von der Ortspolizeibehörde festgesetzt.

Durch Beschluß des Bezirksraths können für die Kreise des Bezirks mit Zustimmung der Kreisvertretungen, in den Hohenzollern'schen Landen mit Zustimmung der Amtsvertretungen, allgemeine Werthsätze für die Einstellung, Wartung und Fütterung der gepfändeten Thiere festgesetzt werden. Der Beschluß des Bezirksraths ist endgültig.

Die Sparkasse
bleibt des Kassenabchlusses wegen vom 5. bis 12. Mai einschließlich geschlossen.

Von 12 bis 1 Uhr Mittags werden indes Rückzahlungen geleistet.

Posen, den 1. Mai 1880.

Die Sparkassen-Deputation.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Firmenregister bei Nr. 348. Die Firma

S. E. Jaffé Nachfolger

ist durch Vertrag auf die

Gesellschaft Leichtertritt

übergegangen, die das Geschäft fortsetzen; — vergl. Nr. 352 des Gesellschaftsregisters.

2) in unser Gesellschaftsregister unter Nr. 352 die in Posen seit heute bestehende offene Handelsgesellschaft

S. E. Jaffé Nachfolger,

Ges. Leichtertritt

und als deren Gesellschafter

a) der Kaufmann **Adolph Leichtertritt,**

b) der Kaufmann **Jacob Leichtertritt,**

beide in Posen.

Posen, den 3. Mai 1880.

Königliches Amtsgericht.

Abtheilung IV.

Öffentliche Zustellung.

Die separirte Schlossergesellschaft **Vertha Böhl zu Breslau** hat gegen ihren Gemann, den Maschinenführer **Oskar Böhl** wegen

Milante geklagt.

Zufolge Weisenspruchs vom 23. April 1879 hat p. **Oskar Böhl** einen Eid zu leisten, und da dessen Aufenthalt gegenwärtig unbekannt ist, so wird derselbe zur Eidesleistung und mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Posen auf den

8. Juni d. J.,

Vormittags 9 Uhr,

geladen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dies hiermit bekannt gemacht.

Posen, den 17. März 1880.

Pruefer,

Gerichtsschreiber des Königlichen Landgerichts.

Bekanntmachung.

Die Kgl. Domaine **Deutshof**, Kreis Schildberg, ca. 22,5 Kilom. von dem nächsten Bahnhofe Schildberg, ca. 22,5 Kilom. von Ostrowo und 37,5 Kilom. von Kempen entfernt, soll auf 18 Jahre, und zwar für die Zeit von Johannis 1880 bis dahin 1898 im Wege des öffentlichen Meistgebots anderweit verpachtet werden, zu welchem Behufe wir auf

Freitag den 21. Mai c.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Sitzungszimmer Termin anberaumt haben. Die Domaine besteht aus dem Vorwerke Deutshof mit einem Flächeninhalte von 390,165 Hektar.

Das festgesetzte Pachtgeld-Minimum beträgt 3600 Mark; die Pachtkaution ist auf 2000 Mk. und der Werth des Vieh- und Wirthschafts-Inventariums, mit welchem das Pachtobjekt besetzt zu halten, ist auf 27,000 Mark festgesetzt.

Jeder, der sich beim Bieten betheiligen will, hat sich vor dem Termine bei dem Expositions-Kommissarius über den eigenthümlichen Besitz eines disponiblen Vermögens von 45,000 Mark, sowie über seine landwirthschaftliche und sonstige Qualifikation auszuweisen.

Die übrigen Pachtbedingungen und die Expositionsregeln, sowie die Karten, Register, Auszug aus der Grundsteuer-Mutterrolle und das Gebäude-Inventarium u. können vor dem Termine sowohl in unserer Domainen-Registratur während der Dienststunden, als auch in Deutshof selbst bei dem gegenwärtigen Pächter, Oberamtmann Klisch, eingesehen werden, welcher nach vorheriger Anmeldung auch die Besichtigung der Pachtobjekte gestattet und sonstige Auskunft erteilen wird.

Posen, den 24. April 1880.

Königl. Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bergenothe.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Riestronno belegene, dem Grundbesitzer **Adolph Vothe** in Parknet gehörige Grundstück Riestronno Nr. 7, welches mit einem Flächen-Inhalte von 35 Hektaren 03 Aren 70 Quadratrath der Grundsteuer unterliegt und mit einem

Grundsteuer-Reinertrage von 305 Mark 37 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 75 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 14. Mai 1880,

Vormittags um 10 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 6 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen daselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 15. Mai 1880,

Vormittags um 10 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude hier selbst, Zimmer Nr. 6 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Mogilno, den 15. März 1880.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 284 eingetragene und am 2. d. Mts. bekannt gemachte Firma:

Justus Wallis'sche

Buchhandlung

(Conrad Düvel)

gezeichnet werden.

Justus Wallis'sche

Buchhandlung

§ 80.

Der Pfändende hat von der geschlossenen Pfändung binnen vierundzwanzig Stunden dem Gemeinde-, Gutsvorsteher oder der Ortspolizeibehörde, in Städten der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

Der Gemeinde- oder Gutsvorsteher oder die Ortspolizeibehörde bestimmt über die vorläufige Verwahrung der gepfändeten Thiere.

Der Gemeinde- oder Gutsvorsteher hat von der erfolgten Pfändung sofort der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

§ 81.

Ist die Anzeige (§ 80 Absatz 1) unterlassen, so kann der Gepfändete die Pfandstücke zurückverlangen. Der Pfändende hat in diesem Falle keinen Anspruch auf den Ersatz der durch die Pfändung entstandenen Kosten.

§ 82.

Wird der Ortspolizeibehörde eine Pfändung angezeigt, so erteilt dieselbe sogleich oder nach einer schleunigst anzustellenden Ermittlung, unter Berücksichtigung der Höhe des Schadens, des Ersatzgeldes und der Kosten, einen Bescheid darüber, ob die Pfändung ganz oder theilweise aufrecht zu erhalten oder aufzuheben, oder ob ein anderweit angebotenes Pfand anzunehmen ist. In dem Bescheide ist über die Art der ferneren Verwahrung der gepfändeten oder in Pfand gegebenen Gegenstände Bestimmung zu treffen.

Ist die Pfändung nur theilweise aufrecht erhalten, so sind die freigegebenen Pfandstücke dem Gepfändeten auf seine Kosten sofort zurückzugeben.

§ 83.

Macht der Gepfändete Thatfachen glaubhaft, aus welchen die Unrechtmäßigkeit der Pfändung hervorgeht, so ist dem Beschädigten zu überlassen, seinen Anspruch im Wege des Zivilprozesses zu verfolgen.

In diesem Falle hat die Ortspolizeibehörde über die Verwahrung der gepfändeten Thiere oder über die Annahme und Verwahrung eines anderen geeigneten Pfandes vorläufige Festsetzung zu treffen. Gegen diese Festsetzung ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.

§ 84.

Der Bescheid der Ortspolizeibehörde (§ 82) ist dem Betheiligten zu eröffnen. Innerhalb einer Frist von zehn Tagen nach der Eröffnung steht jedem Theile die Klage bei dem Kreisaußschusse, in Stadtkreisen und in den zu einem Landfreie gehörigen Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern bei dem Bezirksverwaltungsgerichte zu. Auch hier findet die Vorschrift des § 83 Absatz 1 Anwendung. Die Entscheidungen des Kreisaußschusses und des Bezirksverwaltungsgerichts sind endgültig.

§ 85.

Ist durch eine rechtskräftige Entscheidung die Pfändung aufrecht erhalten, so läßt die Ortspolizeibehörde die gepfändeten oder in Pfand gegebenen Gegenstände nach ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich versteigern.

Bis zum Zuschlage kann der Gepfändete gegen Zahlung eines von der Ortspolizeibehörde festzusetzenden Geldbetrages, sowie der Versteigerungskosten die gepfändeten oder in Pfand gegebenen Gegenstände einlösen.

§ 86.

Der Erlös aus der Versteigerung oder die eingezahlte Summe dient zur Deckung aller entstandenen Kosten, sowie der Ersatzgelder. Zur Deckung des Schadensersatzes dient der Erlös oder die eingezahlte Summe nur, wenn der Anspruch darauf innerhalb dreier Monate nach der Pfändung geltend gemacht ist.

Der nach Deckung der zu zahlenden Beträge sich ergebende Rest wird dem Gepfändeten zurückgegeben. Ist dieser seiner Person oder seinem Aufenthalte nach unbekannt, so wird der Rest der Armenkasse des Ortes, in welchem die Pfändung geschehen ist, ausbezahlt. Inner-

halb dreier Monate nach der Auszahlung kann der Gepfändete den Rest zurückverlangen.

§ 87.

Fordert der Beschädigte im Falle der Pfändung Ersatzgeld, so über diese Forderung und die Pfändung in demselben Verfahren zu verhandeln und zu entscheiden.

§ 88.

Die in §§ 49, 50, 76, 80, 84 erwähnten Fristen sind präklusiv (Schluß folgt.)

Briefkasten.

Herrn L. Sch. hier. Die von Ihnen uns zugegangenen Lösung des „Boß puzzle“ sind wir völlig außer Stande selbst zu prüfen. Wir werden sie ebenfalls an unsern newyorker Korrespondenten senden, das Resultat der dortigen Prüfung uns mittheilen wird. Haben Sie die Aufgabe völlig vorchriftsmäßig gelöst, so werden wir Ihnen Namen veröffentlichen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

(Eingefandt.)

Lissa, 26. April. Es ist jetzt wieder sehr viel von der bevorstehenden Vorlegung eines Schanksteuergesetzes in Reichstags die Rede. Der niedrigste Steuerfuß soll 24 Mark, der mittlere 96 Mark jährlich und so weiter höher steigend betragen. Einige sachverständige Männer in unserm Orte haben den Versuch gemacht, nach diesen Prinzipien die hier vorhandenen Schankgeschäfte einzuschätzen und ergab sich das nicht wenig überraschende Resultat, daß in unserm Orte gegen 10,000 Mark von dieser Steuer würden abgeführt resp. aufgebracht werden müssen. Uebrigens Resultate einer probeweisen Einschätzung werden hier aus Städten in unserer Nachbarprovinz Schlesien gemeldet. Es ist klar, daß diese exorbitante Steuer von den Konsumenten nicht aufgebracht werden können. Nachdem dem armen Manne ohnehin die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse durch darauf gelegte Steuern verteuert worden sind, soll ihm auch noch der stärkende Trunk, welcher oft sein einziges Labial ist, verteuert werden! Der vermögende Mann wird hier wieder in minderm Grade betroffen werden. Wie soll das enden? Fast jede Woche bringt und in Gestalt einer neuen Steuer eine neue Ueberraschung! Man hat früher geltend gemacht, die Schanksteuer trage ein sittliches Motiv in sich, sie werde die Demoralisation, welche durch den übermäßigen Genuß von Spirituosen hervorgerufen oder begünstigt wird, beseitigen. Wir glauben nicht, daß die Steuer nach dieser Richtung die gewünschte Wirkung haben werde, wohl aber wird dem Arbeiter, dem städtischen, wie dem ländlichen, die einzige erreichbare Stärkung bei anstrengender, aufrechter Arbeit übermäßig verteuert und somit theilweise entzogen; die schöne Theorie, welche uns bei Einführung des Bouquets indirekter Steuern als Befähigungsmittel dargelegt wurde, daß durch die Vertheuerung der Lebensmittel auch eine Erhöhung der Arbeitslöhne der Gehälter u. s. w. u. s. w. unmittelbar herbeigeführt werde, hat sich bereits als hinfällig erwiesen.

Frühbeet-, Stall- und Dachfenster

in Guß- und Schmiedeeisen empfiehlt

Breslauer Straße Nr. 38.

C. Kling.

halb dreier Monate nach der Auszahlung kann der Gepfändete den Rest zurückverlangen.

§ 87.

Fordert der Beschädigte im Falle der Pfändung Ersatzgeld, so über diese Forderung und die Pfändung in demselben Verfahren zu verhandeln und zu entscheiden.

§ 88.

Die in §§ 49, 50, 76, 80, 84 erwähnten Fristen sind präklusiv (Schluß folgt.)

Briefkasten.

Herrn L. Sch. hier. Die von Ihnen uns zugegangenen Lösung des „Boß puzzle“ sind wir völlig außer Stande selbst zu prüfen. Wir werden sie ebenfalls an unsern newyorker Korrespondenten senden, das Resultat der dortigen Prüfung uns mittheilen wird. Haben Sie die Aufgabe völlig vorchriftsmäßig gelöst, so werden wir Ihnen Namen veröffentlichen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

(Eingefandt.)

Lissa, 26. April. Es ist jetzt wieder sehr viel von der bevorstehenden Vorlegung eines Schanksteuergesetzes in Reichstags die Rede. Der niedrigste Steuerfuß soll 24 Mark, der mittlere 96 Mark jährlich und so weiter höher steigend betragen. Einige sachverständige Männer in unserm Orte haben den Versuch gemacht, nach diesen Prinzipien die hier vorhandenen Schankgeschäfte einzuschätzen und ergab sich das nicht wenig überraschende Resultat, daß in unserm Orte gegen 10,000 Mark von dieser Steuer würden abgeführt resp. aufgebracht werden müssen. Uebrigens Resultate einer probeweisen Einschätzung werden hier aus Städten in unserer Nachbarprovinz Schlesien gemeldet. Es ist klar, daß diese exorbitante Steuer von den Konsumenten nicht aufgebracht werden können. Nachdem dem armen Manne ohnehin die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse durch darauf gelegte Steuern verteuert worden sind, soll ihm auch noch der stärkende Trunk, welcher oft sein einziges Labial ist, verteuert werden! Der vermögende Mann wird hier wieder in minderm Grade betroffen werden. Wie soll das enden? Fast jede Woche bringt und in Gestalt einer neuen Steuer eine neue Ueberraschung! Man hat früher geltend gemacht, die Schanksteuer trage ein sittliches Motiv in sich, sie werde die Demoralisation, welche durch den übermäßigen Genuß von Spirituosen hervorgerufen oder begünstigt wird, beseitigen. Wir glauben nicht, daß die Steuer nach dieser Richtung die gewünschte Wirkung haben werde, wohl aber wird dem Arbeiter, dem städtischen, wie dem ländlichen, die einzige erreichbare Stärkung bei anstrengender, aufrechter Arbeit übermäßig verteuert und somit theilweise entzogen; die schöne Theorie, welche uns bei Einführung des Bouquets indirekter Steuern als Befähigungsmittel dargelegt wurde, daß durch die Vertheuerung der Lebensmittel auch eine Erhöhung der Arbeitslöhne der Gehälter u. s. w. u. s. w. unmittelbar herbeigeführt werde, hat sich bereits als hinfällig erwiesen.

Frühbeet-, Stall- und Dachfenster

in Guß- und Schmiedeeisen empfiehlt

Breslauer Straße Nr. 38.

C. Kling.

Extrazüge nach Berlin.

Zum bevorstehenden Pfingstfest werden zwei Extrazüge nach Berlin von einer von **Bromberg, Freitag, den 14. Mai d. J.** (Abfahrt 9 Uhr 48 Min. Vorm.), der andere von **Königsberg, Donnerstag, den 13. Mai d. J.** (Abfahrt 6 Uhr Nachm. mit Personenbeförderung in II. und III. Wagenklassen zu ermäßigten Fahrpreisen abgelassen werden.

Zu diesen Extrazügen werden auch auf den Stationen der Strecken Ostfuhnen - Königsberg, Insterburg - Proßken, Insterburg - Thorn - Bromberg, Bromberg - Dirschau - Neufahrwasser und Posen - Schneidemühl Neustettin direkte Extrazugbillets unter denselben Vergünstigungen verkauft werden. Die besonderen Bedingungen für diese Extrazüge, sowie der Gang derselben sind aus den auf allen Stationen ausgehängten Bekanntmachungen und Fahrplänen zu ersehen.

Bromberg, den 28. April 1880.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 286 der Restaurateur **Anton Rehfeld** in Snorazlaw als Inhaber des Expeditionsgeschäfts unter der Firma:

„Anton Rehfeld“

Ort der Niederlassung:

„Snorazlaw“

zufolge Verfügung vom 28. April 1880 eingetragen worden.

Snorazlaw, d. 28. April 1880.

Königl. Amtsgericht.

Abtheilung V.

Handelsregister.

In unser Handelsregister zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 607 zufolge Verfügung von heute eingetragen, daß der Kaufmann **Paul Theodor Walter** zu Posen für seine Ehe mit **Julie Wilhelmine Marie Schulte** zu Posen durch Vertrag vom 27. April 1880 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung ausgeschlossen hat, daß das Vermögen, welches die Braut in die Ehe bringt und darin erwirbt, die Natur des vorherbestehenden Vermögens haben soll.

Posen, den 3. Mai 1880.

Königl. Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

Herm. Oldenkott, Henr. Zoon & Comp.
Amsterdam und Emmerich Rheinpreussen versenden
gegen Casse oder unter Nachnahme von zu altem Zoll
eingeführter Waare, die bekannten Marken
feiner holländischen Rauchtobake in 1/2 u. 1/5 Pfd.-Packeten.

Preis per Pfund.	Pf.	Preis per Pfund.	Pf.
Maryland en Java leicht	f 80	Knaster leicht	gr 130
Half Knaster mittelstark	gr 85	Superfyn Varinas kräftig	ff 130
A Zoort kräftig	f 90	Varinas I. mild	f 155
De Jager leicht	f 90	Bahia Krüll leicht	ff 175
R Zoort mild	f 90	Varinas O. mild	mf 185
T Zoort mittelstark	gr 90	Cuba Knaster kräftig	ff 205
Mufti Mufti mild	ff 100	Maraaibo	mittelst. f 225
H Zoort mittelstark	gr 110	Venezuela	mild aro-
M Zoort	f 110		matisch ff 245
Fyne Shag leicht	ff 110	Curacao	fein aro-
Varinas en Portorloo kräftig	f 120		matisch mf 265

Preis-Courant von holländischen Cigarren zu alten Preisen
auf Wunsch franco. Proben-Tabak in 1/2 Pfunden und Sortiments-
kistchen von 100 Stück div. Sorten Cigarren stehen gegen Einsen-
dung des Betrages in Briefmarken zu Diensten. Bei 500 St.
Cigarren oder 9 Pfd. Tabak geschieht die Zusendung franco. Cor-
respondenzen werden des Portos wegen nach Emmerich erbeten. Die
durch die Steuererhöhung hervorgerufenen geschäftlichen Schwierig-
keiten, sowie die kolossalen Erfolge der Emmerloher Waaren-
Expedition, veranlassen uns ebenfalls in direkten Verkehr mit den
Consumenten zu treten, hoffend, uns durch alte Vorräthe zu den
billigsten Engrospreisen um so rascher einzuführen.

Wollzücken-Drillische
in schwerer, guter Qualität empfiehlt billigt
A. Birner,
Markt 62.

Ia Chilisalpeter
hat noch einige hundert Zentner billig abzugeben die
Düngemittel-Handlung
S. Sternberg-Rawitsch,
Zweiggeschäft: Roschmin.

Ein gut erhaltenes Klavier
(Rirschbaum) ist preiswerth zu verk.
Näheres Königsstr. 6, part. links.
Ein Pianino mit sehr gutem Ton,
eine Britische auf Federn, so wie
ein großer kupferner Kessel zu ver-
kaufen Verdygowa 4.
Sämmtliche natürliche Mineral-
brunnen 1880er Füllung sind be-
reits eingetroffen in der
Brandenburg'schen Apotheke
Wilhelmplatz 13.

en gros en detail
Amerikanisches
Schmalz
offerirt zu billigstem Preise
Paul Vorweg.

Moselwein,
sehr guten zu 80 Pf. die
Rheinweinflasche — die Liter-
flasche zu 1 Mark, empfiehlt
die Konditorei und Wein-
handlung
A. Pfitzner
am Markte.

Ia. Spargel
verfendet in Postpaketen von Brutto
10 Pfd. franco Emballage und Porto
zu M. 5,20 Pf.
O. A. Brühl, Mes.

Neue Lissaboner Kartoffeln
und neue Matjes-Feringe
empfang heute und empfiehlt billigt
K. Szulo,
Breslauerstraße 12.

Natürliche Mineralwässer
frischster Füllung
bei
Dr. Mankiewicz,
Wilhelmstraße 24.

Einem geehrten Publikum empfehle
ich geboramt komplet eingerichtete
Fenster-Markisen, gemalt, in belie-
biger Farbe zu 7 Mk. Probe-Mar-
tiken zur gef. Ansicht.
L. Skrobaszynski,
Tapezier und Decorateur,
Neustadt. Markt 10.

Fast umsonst
In Folge Liquidation der jungen
großen Britannia-Silberfabrik
werden folgende 45 Stück außer ge-
gebene Brit.-Silbergegenstände für
nur 14 Mark, als namens des vier-
ten Theiles der Herstellungskosten, also
fast umsonst abgegeben u. zwar:
6 Stück vorzügliche Tafelmesser,
Brit.-Silb.-Best und Silber-
besten,
6 " Gabeln, fein Brit.-Silber,
schm. Br.-Silb.-Spezialöffel,
6 " Brit.-Silber-Kaffe- oder
Theelöffel, beste Qualität,
1 " maß. Brit.-Silber-Obers-
schöpfer,
1 " schm. Brit.-Silber-Suppen-
schöpfer,
6 " f. Brit.-Silb.-Messerleger,
6 " Austria-Tassen, fein ciselirt,
2 " effectvolle Brit.-Silb.-Salon-
Tafelleuchter,
1 " Brit.-Silber-Tischglocke,
effectvoll mit hellem Silberton,
8 " Brit.-Silber-Eierbecher,
1 " massiver prast. Brodtkorb.
45 Stück. — Alle hier angeführten 45
Stück Brit.-Silb.-Gegenstände
sollen zusammen nur 14 Mark. —
Das Brit.-Silber ist das einzige Ma-
terial, welches ewig weiß bleibt und von
dem echten Silber selbst nach 20jähr. Ge-
brauch nicht zu unterscheiden ist, wofür
garantirt wird. Abh. u. Bestimmungsort:
Blau & Kann
General-Depot d. Brit.-Silb.-Fabrik.
Wien.
Wer auch prompt geg. Vorzuzug, o. Geld-
einsend. — Preis u. Postpreise sehr gering.

Offerten auf
Eichenantholz,
6" x 6" niederzulegen in der
Expd. dies. Zeitung unter R.
Die Milch des Dom. Ko-
ninko bei Gondek ist vom
1. Juli ab zu vergeben.
Näheres daselbst zu erfahren.

Eine schmalspurige Locomotive,
diverse Locomobilen, Pumpen
und Dampf-Dreschmaschine,
so gut wie neu, billig zu verkaufen
bei
Aug. Büniger
in Düsseldorf.

Eine neue Drehschleife ist umzugs-
halber zu verk. Salzdorfstr. 28, dazu
ein Handwagen ebenfalls.
Elfen-Stammbretter,
in regelmäßigen Lieferungen zu kaufen
geht. Offert. ab Wagon nächster
Bahnhofsstation unter D. M. 9878 an
Rud. Mosse, Berlin.

Lotterie.
Die Erneuerung der
Loose 2. Klasse 162.
Lotterie muß bei Verlust
des Anrechts bis zum
7. Mai d. J., Abends
6 Uhr, planmäßig ge-
schehen.

Der Königl. Lotterie-
Einnehmer.
H. Bielefeld.

Loose zur Lotterie von
Baden-Baden,

konfession. von preuß. Regierung.
Fünf monatl. Ziehungen, die I. am
7. Juni, V. im Oktober a. c. 10,000
Gewinne, darunter 1 im Werthe
60,000 M., 1 a 30,000 M.,
3 a 10,000 M. u. f. w. Preis des
Looses franco für jede Ziehung nur
2,15 M., gültig für alle 5 Zieh.
10,20 M., für franco Sendung Ge-
winnlifte zu 5 Zieh. 50 Pf., nur zur
letzten 10 Pf. Jeder Spieler wird
sofort benachr., sobald er gewinnt.
Bitte bald zu bestellen, weil die
Nachfr. groß ist. Bei Zusendung
10 Pf. Marke wird Gewinn-Plan
u. nähere Bedingungen franco ge-
sendet.

J. Chociszewski,
Haupt-Kollektion Posen,
Thorstraße Nr. 5B.

Loose
à 1,50 M. d. Prov.-Aus-
stell. zu Bromberg. Zieh.
31. Mai 80. Hauptgew.
1500 M. u. z. haben:
Agentur Off. Zeidler, Murzynowo
bei Sulcin, P. C. E.

Es wird gesucht zu kaufen:
eine alte Uhr im Holzspinde
— die im Thor aufgestellt werden
könnte — wenn sie auch ungangbar
ist. Adressen A. B. Posen postlag.

Mein Geschäftslokal befindet sich
Große Gerberstraße Nr. 23
Parterre — Ecke der Domini-
kanerstraße.

Rudtke,
Gerichtsvollzieher.

Ornamente
für jeden Zweck, sowie Gitter,
Thore, Fenster, Treppen, Wetter-
fahnen, Dachspitzen, Thurm- und
Grabkreuze nach jeder Zeichnung
fertigt in Schmiedeeisen sauber und
geheimhaltend.
H. Stolpe, Schlossermeister,
Al. Ritterstraße 3, vorm. Hammer.

Damen! finden Aufnahme zu
Wochen, auch Monate vorher.
Breslau, Nikolaistr. 73.
P. Nagel, Stadthebamme.

Damen finden Rath und Hilfe
in diskreten Angelegen-
heiten. Frau **E. Latke, Christinen-**
straße 8, II. C. Berlin.

Damen die zurückgezogen leben
wollen, finden unter
Diskretion freundschaftliche Aufnahme und
gute Pflege bei verm. M. Walkowska,
Hebamme, Breslau, Bismarckstr. 23,
II. Etage.

Geschlechts-
Krankheiten speziell Syphilis,
Haut-, Hals- u. Fußleiden (Flechten),
sowie Schwachzustände u. Frauen-
krankh., auch die verweirtesten Fälle,
heilt brieflich mit sicherem Erfolg
d. i. Ausland approb. **Dr. med.**
Harmuth, Berlin, Kommandanten-
straße 30. — Tausende Adressen
Geheilte, welche andere Kuren ver-
geblich brauchten, liegen zur Einsicht.

Syphilis, Haut- und Geschlechts-
krankh., franks heilt auch brief-
lich der in Dester.-Ungarn approbirt
Dr. med. Karl Weisz,
Breslau, Ernststr. 11.

Berlinerstr. 13
ist verziehungshalber eine Wohnung
von 6 Zimmern im III. Stock zu
vermieten und sofort zu beziehen.

2 Herren finden billige Wohnung
mit oder ohne Kost Markt 95/96 II.
Umzugs halber 3 Zimmer u. Küche
sofort oder später zu vermieten bei
C. Schröder, Wilhelmstraße 4.

Eine Wohnung von 12-14 Zim-
mern im oberen Stadtheil zum 1.
Oktober gesucht. Näh. i. d. Exp. d. Z.

Druck und Verlag von W. Feder & Co. (C. Kökel) in Posen.

1 großer Laden, geeignet für
Büch- und Fleischgeschäft, nebst
Wohnung, ist vom 1. Okt. zu verm.
Schützenstraße 26.

Martinstr. 26
sind Wohnungen zu vermieten
Näheres bei Dr. v. Gasiorowski.

1 Laden nebst Wohnung,
am Markt gelegen, ist in Pafosch
vom 1. Mai zu vermieten bei
G. Lippelt in Pafosch.

Eine herrschaftliche Wohnung in
der 1. Etage mit elf Fenstern Front
ist zum 1. Juli event. zum 1. Okto-
ber cr. zu vermieten. Näheres
St. Martinstraße 18, part. rechts.

Für ein hiesiges größeres Mate-
rial-Waaren- und Delikatessen-Ges-
chäft wird per sofort oder 1. Juni
d. J. ein älterer

Kommis,
der deutschen und polnischen Sprache
mächtig und mit guten Zeugnissen
versehen, als erster Expedient bei
gutem Salair gesucht.

Näheres durch J. Muschke, Expe-
dient der Posener Zeitung.

Junge Kaufleute
von achtbarem Charakter, welche
militärfrei sind, werden für eine
Fabrik Russ.-Polens gegen ent-
sprechendes Salair zur Ausbildung
für deren Filialen in Russland, in
denen sie eventuell dauernde und
gute Stellung finden sollen, gesucht.
Offerten mit Angabe des Lebens-
laufes und Referenzen an **Adolph**
Redlich, Thorn.

Zum baldigen resp. sofortigen An-
tritt suche ich einen
tüchtigen Materialisten,
der auch das Eisengeschäft erlernt
hat, sowie einen

flotten Expedienten,
für Destillation und Schankgeschäft.
Beide Commis müssen der polni-
schen Sprache mächtig sein. Nur
zuverlässige Bewerber werden berück-
sichtigt, da Beide fast ganz selbst-
ständige Stellung erhalten sollen.
Persönliche Meldung erwünscht.

Otto Siegert,
Mur.-Goslin.

Ein verheiratheter oder unverh.
Bureaugehilfe
findet dauernde Stellung bei dem
Distriktskommissar und Bürgermeister
Kollmann
in Pafosch.

Ein des Deutschen und Polnischen
mächtiger
Bureau-Vorsteher,
sucht, gestützt auf beste Referenzen
veränderungshalber vom 1. Juni cr.
anderweitige Stellung bei einem Rechts-
anwalt. Gef. Off. sub A. B. 1 an
die Expd. dieser Zeitung.

Vermittlungs-Bureau von
A. Musiałowski,
ehemaligen Rechts, namentlich für
Kochs, Wirthschafts-Beamte, Gärtner,
Kammerdiener, Kellner p. p. Gr.
Ritterstr. Nr. 2.

Ein junger Mann,
der noch in Stellung ist und mit
der Kurz-, Weiß- und Galanterie-
waaren-Branchen gut vertraut ist,
sucht vom 1. Juli anderweitig Stel-
lung. Offerten unter H. P. Thorn,
Passage 1 erbeten.

Zigarrenarbeiter
können sich melden in Jarotschin
bei Jolki.

Einem Anticher
sucht Schrodka-Mühle.

Ein Laufmädchen wird gesucht
Wilhelmstr. 28, Kindergarderobe.

Ein Lehrling
kann sofort eintreten bei
S. Alexander
(H. Kirsten).

Ein Wirthschafts-Inspektor, un-
verheirathet, polnisch sprechend, in
mittleren Jahren und längerer Praxis
findet Stellung gleich oder gewiss
am 1. Juli. N. postlag. **Wolkowo**
franco.

Ein erfahrener Landwirth
sucht zum 1. Juli c., am liebsten auf
ein Nebengut oder Vorwerk, bei be-
stehenden Ansprüchen Stellung, wo
er sich verheirathen könnte, 32 Jahre
alt, evangel., 16 Jahre beim Fach,
gute Zeugnisse zur Seite, der pol-
nischen Sprache vollkommen mächtig.
Hauptfache dauernde Stellung. Gef.
Offerten sub A. B. V. postl. Buk.

Vacanzentiste.
Kaufleute, Lehrer, Land- und
Forstwirthe, Aerzte, Bürger-
meister, Secrétaire etc., finden in
der seit 21 Jahren überall be-
währten, früher Retemeyer'schen
„Vacanzentiste“ den reellsten Nach-
weis aller offenen Stellen direct
ohne jede Vermittelung. Dieselbe
erscheint jeden Dienstag Abend und
abonnirt man durch Postanwei-
sung: monatl. (5 Nr.) 3 M.;
dreimonatl. (13 Nr.) 6 M. inkl.
Francatur, direct beim Verleger

P. Grabow
in Berlin, jetzt Chausseestr.
Nr. 110. Probenum. stets gratis.

Ein Brennerei-Verwalter,
mehrere Jahre beim Fache, unverh.,
mit guten Empfehlungen, sucht bei
soliden Ansprüchen Stellung. Offer-
ten werden postlag. **Samter** unter
J. S. P. erbeten.

Ein junges
anständ. Mädchen
als Wirthin per sofort oder zum
1. Juni gesucht
Dom. Marienrode
bei Mur. Goslin.

Familien-Nachrichten.
Codes-Anzeige.
Am 2. d. Mts. ist unser theures
Familienhaupt, der Kgl. Justizrath,
Rechtsanwalt und Notar

H. Kellermann,
Ritter des Kronen-Ordens 3. Klasse,
eines sanften Todes entschlafen.
Allen Theilnehmenden zeigen dies
tiefbetrübt an.
Gnesen, den 3. Mai 1880.

Die Wittve und Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 5. d. Mts. Nachmittags 4 Uhr
statt.

Nach langen schweren Leiden starb
heute so plötzlich meine innigst
geliebte Frau, unsere Mutter und
Schwiegermutter,
Rebekka Chraplewska,
geb. **Jacobsohn,**
im 40. Lebensjahre, was tief betrübt
anzeigen.
Gnesen, den 2. Mai 1880.

Die Hinterbliebenen.
Todes-Anzeige.
Es hat Gott gefallen, unsern
sehr verehrten Kassenrendanten Herrn

Ehaust
des Dom. Bolechowo heute Abend
5 Uhr im 37. Lebensjahre zu sich
abzurufen. Wer den rechtschaffenen,
edlen und biedersten Charakter des
Verbliebenen kannte, wird den
Schmerz zu würdigen wissen.
Bolechowo, den 2. Mai 1880.

Im Namen mehrerer Freunde
B. Roenig,
Käsefabrikant.

Nachruf.
Durch einen raschen, sanften Tod
ist, als er eben von einem Unwohl-
sein zu neuer Kraft sich zu erholen
schien, heute morgens unser hoch-
verehrter und verdienstlicher Ehren-
bürger, der Königliche Justiz-Rath,
Ritter des Kronen-Ordens III. Klasse
Herr

Hieronimus Kellermann,
unserer Stadt und seinen vielen
Freunden entrisen worden.
Was er für jene gethan, als lang-
jähriger Stadtverordneten-Vorsteher,
treuer und uneigennütziger Berather,
was er diesen gewesen als ein
Ehrenmann von dem lautersten
Charakter und von herzogwinnender
Freundlichkeit des Wesens, das wird,
wie es längst noch bei seinem
50jährigen Amtsjubiläum zu so un-
fassendem aufrichtigen Ausdrucke
kam, so auch für immer bei uns in
danbarer Erinnerung fortleben.
Das Andenken des Gerechten bleibt
in Ehren. Friede seiner Seele!
Gnesen, den 2. Mai 1880.

Der Magistrat und die
Stadtverordneten.

M. 5. V. 7. A. J. I.

Die Beileidigung, die ich der Frau
Schlinke zugefügt habe, nehme ich
zurück.
S. Prißlau.

Handwerker-Verein.
Dienstag, 4. Mai,
Abends 8 Uhr,
Vortrag
des Herrn Lehrer **Gräter:**
Ueber den Einfluß der Frau
als Hausfrau, Gattin und
Mutter.

Der Rabbiner Herr
Dr. Jaffe,

welcher fast 19 Jahre hier uns ein
treuer und liebevoller Seelforger und
Freund gewesen ist, folgte mit dem
1. Mai cr. seinem Beruf nach Woll-
stein.

Wir wünschen ihm in seiner neuen
Heimath dasselbe Vertrauen und
dieselbe Liebe, welche er in der hie-
sigen Gemeinde sich in so reichem
Maße erworben hat, und werden
seiner mit Hochachtung und
Anhänglichkeit gedenken.
Kurnit, den 1. Mai 1880.

Der Korporations-Vorstand
und Repräsentanten-Versam-
mlung.

Warnung.
In letzter Zeit sind über mich
Gerüchte ausgebreitet, die eines
jeden Funkens von Wahrheit ent-
behren! Ich warne einen Jeden vor
derartigen weiteren Nachsprachen,
weil ich solche Verläumdungen dem Ge-
richt zur strengsten Bestrafung über-
weisen werde.

L. Kletschoff.

Warnung.
Ich warne hierdurch Jedermann,
meinem Chemanne **Carl Wende**
hier, irgend etwas auf Credit zu geben,
da ich das Entmündigungsverfahren
gegen ihn eingeleitet und für seine
Schulden nicht aufkomme.
Kroßno bei Roschin, 2. Mai 1880.

Johanna Wende,
geb. Ertel.

Lambert's Saal.
Freitag, den 7. Mai 1880:

Bilse-Concert.
Billets bei
Ed. Bote & G. Bock.

Victoria- (Interims-) Theater.
Dienstag den 4. Mai 1880.

1. Gastspiel des Hrn. v. Czepozanyl
vom Friedrich-Wilhelmstadt.
Theater in Berlin.

Giroflé-Giroflé.
Komische Operette in 3 Akten von
Albert Ranval u. Eug. Pétier.
Musik von Charles Lecocq.
Mittwoch, den 5. Mai 1880:

2. Gastspiel des Hrn. v. Czepozanyl
Jeanne, Jeannette,
Jeanneton.

Komische Operette in 3 Akten und
1 Vorspiel von Laocome.
*** Jeanne v. Czepozanyl,
als Gast.

B. Heilbronn's
Volksarten-Theater.
Dienstag, den 4. Mai c.:

Weibliche Seelen. Baudevilles
Poffe mit Gesang in 2 Akten.
Zweites Auftreten des berühmten
Concert-Malers Hrn. **Léon Halbach,**
sowie Auftreten der Couplet- und
Liederlängerin Hrn. **Felicitä.**
Die Direction. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien
Nachrichten.

Verlobt: Hrn. Hedwig Biela mit
Herrn Ernst Schindler. Bräulein
Elisabeth Schütte mit Herrn Max
Fährndrich. Hrn. Marie Flögel mit
Herrn Amtsrichter Dr. Krutze in
Löwenberg i. Schl. Hrn. Maibilde
Meier mit Herrn Reserve-Lieutenant
Hans Bode in Ebersleben-Neumühl.

Verheirathet. Postsekretär Robert
Arp mit Hrn. Auguste Vater.

Geboren. Ein Sohn: Pastor
Sybel in Pinnow. Pastor Schmeider
in Freystadt i. Schl. — Eine Tochter:
Herrn H. von Löbenstein in
Salgaß. Amtsrichter Gasse in
Hannover.